



Plenarprotokoll

50. Sitzung

Freitag, 21. Februar 2014

Gemeinsame Beratung

a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Schutz des Wassers vor Gefahren des Fracking-Verfahrens.....

4076

Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/1565

b) Moratorium für Fracking in Schleswig-Holstein.....

4076

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/570

Kein Fracking in Schleswig-Holstein!.....

4076

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/671

Bericht und Beschlussempfehlung des Umwelt- und Agrarausschusses
Drucksache 18/1498 (neu)

Hauke Götsch [CDU], Berichterstatter..... 4076

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]..... 4076, 4086

Heiner Rickers [CDU]..... 4077

Olaf Schulze [SPD]..... 4078

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 4080

Oliver Kumbartzky [FDP]..... 4081

Flemming Meyer [SSW]..... 4082

Angelika Beer [PIRATEN].....	4083	Beschluss: Überweisung an den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung.....	4103
Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	4084		
Beschluss: 1. Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/1565 an den Umwelt- und Agrarausschuss		12. Trilaterale Regierungskonferenz zum Schutz des Wattenmeeres	4103
2. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/570		Mündlicher Bericht der Landesregierung	
3. Annahme des Änderungsantrags Drucksache 18/671 als selbstständigen Antrag.....	4087	Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	4104
Prüfung der Einrichtung von Jugendberufsagenturen in Schleswig-Holstein.....	4087	Beschluss: Tagesordnungspunkt mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt.....	4104
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/1371		Recht auf anonymes Fernsehen - Massenüberwachung von Zuschauern verhindern.....	4105
Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	4087	Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/1566	
Tobias von Pein [SPD].....	4088	Beschluss: Annahme.....	4105
Hans Hinrich Neve [CDU].....	4089	Stärkung des barrierefreien Tourismus in Schleswig-Holstein.....	4105
Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4091	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/909	
Christopher Vogt [FDP].....	4092	Schleswig-Holstein für alle - Perspektiven für ein barrierefreies Urlaubsland.....	4105
Sven Krumbeck [PIRATEN].....	4094	Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/952	
Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	4095	Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses Drucksache 18/1544	
Christopher Vogt [FDP], zur Geschäftsordnung.....	4096	Dr. Heiner Garg [FDP], Berichterstatter.....	4105
Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Sozialausschuss.....	4096		
Psychiatrieplanung in Schleswig-Holstein.....	4096		
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/1518			
Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung.....	4096		
Bernd Heinemann [SPD].....	4097, 4103		
Karsten Jasper [CDU].....	4098		
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4099		
Dr. Heiner Garg [FDP].....	4100		
Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	4101		
Flemming Meyer [SSW].....	4102		

Beschluss: 1. Anträge Drucksachen
18/909 und 18/952 mit Zustimmung
der Antragsteller für erledigt
erklärt

* * * *

2. Zustimmung und Übernahme
einer in Drucksache 18/1544
enthaltenen Entschließung
der Mitglieder des Wirtschaftsausschusses.....

Regierungsbank:

Torsten Albig, Ministerpräsident

**Gesundheitliche Belastungen von
Schülern und Lehrern in Schleswig-Holstein.....**

4105

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende,
Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/1517

4106

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz,
Kultur und Europa und Zweite Stellvertreterin
des Ministerpräsidenten

Beschluss: Überweisung an den
Bildungsausschuss zur abschließenden
Beratung.....

4106

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung
und Wissenschaft

Andreas Breitner, Innenminister

**Sammeldrucksache über Vorlagen
gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung
des Schleswig-Holsteinischen Landtags.....**

4106

Monika Heinold, Finanzministerin

Drucksache 18/1589

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft,
Arbeit, Verkehr und Technologie

Beschluss: Annahme mit Änderung...

4106

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales,
Gesundheit, Familie und Gleichstellung

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße Sie ganz herzlich.

Erkrankt sind heute Jens-Christian Magnussen, Dr. Gitta Trauernicht und Anita Klahn. Hartmut Hamerich ist wegen einer dringenden Familienangelegenheit beurlaubt. Wir wünschen den Erkrankten an dieser Stelle gute Besserung.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler der Regionalschule Plön und des Gymnasiums Kronwerk in Rendsburg. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Heute haben wir das seltene Vergnügen eines besonders runden Geburtstags. Unsere Frau Abgeordnete Heike Franzen hat heute Geburtstag. - Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Herzlichen Glückwunsch für das nächste halbe Jahrhundert! Aber sonst verrate ich nichts.

(Heiterkeit)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich rufe die Tagesordnungspunkte 7 und 23 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Schutz des Wassers vor Gefahren des Fracking-Verfahrens

Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN
[Drucksache 18/1565](#)

b) Moratorium für Fracking in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der PIRATEN
[Drucksache 18/570](#)

Kein Fracking in Schleswig-Holstein!

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 18/671](#)

Bericht und Beschlussempfehlung des Umwelt- und Agrarausschusses
[Drucksache 18/1498 \(neu\)](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich erteile das Wort zunächst dem Berichterstatter des Umwelt- und Agrarausschusses, Herrn Hauke Götttsch. - Herr Berichterstatter, berichten Sie bitte.

Hauke Götttsch [CDU]:

Herr Präsident, ich verweise auf die Vorlage.

(Beifall CDU, SPD und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Sie verweisen auf die Vorlage. Herzlichen Dank für diesen sehr umfassenden Bericht.

Dann eröffne ich jetzt die Grundsatzberatung und erteile Herrn Abgeordneten Dr. Patrick Breyer von der Piratenfraktion das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube“ - so ist es schon in Goethes Faust zu lesen. So ist es auch beim Thema Fracking.

Wir in Schleswig-Holstein senden eine klare Botschaft gegen Fracking aus, weil bei der **Gas- und Ölförderung** mithilfe des Frackingverfahrens Risse in Gesteinsschichten gesprengt werden, die unter bestimmten Umständen giftige, radioaktive oder krebserzeugende Flüssigkeiten oder Methangas in das Grundwasser eindringen lassen können, gegebenenfalls auch erst Jahre oder Jahrzehnte später.

Wir wissen um die Risiken von Erdbeben und Erd-senkungen, von Gebäudeschäden und entsprechend fallenden Grundstückswerten in den betroffenen Gebieten. Wir wollen in Schleswig-Holstein kein Fracking. Doch können wir auch daran glauben, dass diese Landesregierung es verhindern wird? - Ich habe daran Zweifel,

(Beifall PIRATEN)

und zwar aus folgenden Gründen:

(Dr. Patrick Breyer)

Erstens. Der Umweltminister, Herr Habeck, hat für die Aufsichtsbehörde über das zuständige Landesbergbauamt erklärt, nach Ablauf einer befristeten Veränderungssperre werde Fracking in Schleswig-Holstein kaum noch zu verhindern sein.

Zweitens. Der Ministerpräsident, Herr Albig, hat auf meine Anfrage hin mitgeteilt, dass im neuen Landesentwicklungsplan kein klares Verbot für Fracking verankert, sondern lediglich festgeschrieben werden soll, dass schädliche Umwelteinwirkungen bei der Förderung von Erdöl und Erdgas ausgeschlossen sein sollen.

Drittens. Sie wollen heute einen Antrag von uns ablehnen, in dem wir die Landesregierung auffordern wollen, bis auf Weiteres keinen Anträgen auf Fracking stattzugeben. Wenn Sie das ablehnen wollen, sagen Sie damit doch gleichzeitig, dass Sie die Frage offenlassen wollen. Das lehnen wir PIRATEN ab.

(Beifall PIRATEN)

Um dieses Hü und Hott in Sachen Fracking zu beenden, legen wir heute einen Gesetzentwurf vor, der Fracking in Schleswig-Holstein rechtssicher und dauerhaft verhindern soll, und zwar mit folgenden Mitteln: Der erste Hebel wird ein ausdrückliches gesetzliches **Verbot von Fracking** sein, wenn eine Verunreinigung von Gewässern nicht auszuschließen ist. Genau dieses Risiko besteht nach allen wissenschaftlichen Gutachten.

Herr Minister Habeck, wir beschränken die Regelung nicht auf toxisches Fracking, weil die Giftstoffe, die aus dem Boden herauskommen, genauso gefährlich sind wie die, die eingepresst werden. Wir beschränken die Regelung auch nicht auf bestimmte Wasserschutzgebiete, weil die unterirdischen Wasserreservoirs solche Gebietsbeschränkungen nicht beachten.

Wir wollen zweitens, dass für die Entscheidung über solche Anträge die untere Wasserbehörde zuständig ist und nicht mehr das umstrittene Landesbergbauamt in Hannover.

Wenn der Landrat des betroffenen Gebietes oder der Oberbürgermeister einer kreisfreien Stadt entscheidet, dann führen wir damit nicht nur neue Hebel gegen Fracking ein, sondern setzen auch ganz neue Maschinisten davor. Das macht einen Unterschied.

(Christopher Vogt [FDP]: Müssen die sich im Gegensatz zu anderen nicht an die Gesetze halten?)

Drittens. Vor der Entscheidung muss nach unserem Gesetzentwurf eine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung mit Öffentlichkeitsbeteiligung, in die sich jeder Bürger einbringen kann, erfolgen. Als das in Österreich eingeführt worden ist, sind schon allein wegen des damit verbundenen Aufwands entsprechende Frackinganträge zurückgezogen worden.

Viertens. Wir wollen gesetzlich klarstellen, dass Anträge auch wegen des überwiegenden öffentlichen Transparenzinteresses veröffentlicht werden dürfen, selbst wenn sie Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse enthalten. Denn wir sind der Meinung, dass die Bürgerinnen und Bürger einen Anspruch darauf haben, zu erfahren, wenn in ihrer Heimat Öl oder Gas gefördert werden soll. Das sind unheimlich große Risiken, und wir haben ein Recht darauf, davon zu erfahren.

(Beifall PIRATEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit unserem **Anti-Fracking-Gesetz** machen wir Schleswig-Holstein zum bundesweiten Vorreiter gegen Fracking. So entschieden handelt kein Land. Deswegen hoffe ich, dass wir unseren Gesetzentwurf im Ausschuss zügig behandeln können. Reine Lippenbekenntnisse gegen Fracking reichen nicht aus, um es rechtssicher zu verhindern. Deswegen schließe ich mit Worten von Goethe:

„Der Worte sind genug gewechselt,
Lasst mich auch endlich Taten sehen!
Indes ihr Komplimente drechselt,
Kann etwas Nützliches geschehen.“

Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Heiner Rickers das Wort.

Heiner Rickers [CDU]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auf diese Rede haben alle gewartet.

(Heiterkeit)

Ich freue mich, dass an dieser Debatte so viele junge Leute teilnehmen; denn es geht um die Zukunft von Schleswig-Holstein, nicht nur gestern, sondern auch heute.

Das Thema Fracking beschäftigt uns nun schon während einer langen Zeit, über Monate hinweg

(Heiner Rickers)

und sogar schon über Jahre hinweg. Wir alle sind uns einig; einen solchen Beschluss haben wir schon einmal gefasst: Wir wollen **kein Fracking** in Schleswig-Holstein. Das gilt auch für die CDU-Fraktion.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Lieber Herr Dr. Breyer, nun wundere ich mich schon darüber, dass dieses Thema, wenn es denn so einfach erscheint, bisher keiner angepackt hat.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Ja!)

- Ja. Sie packen es zwar an, aber warum hat es bisher niemand anderes angepackt? Wir haben über Fracking nicht nur hier im Parlament rauf- und runter diskutiert. Wir haben dies auch im Umwelt- und Agrarausschuss getan und sind uns immer wieder darüber einig gewesen: kein Fracking unter Einsatz von toxischen Frack-Fluiden.

Wir weisen auch darauf hin, dass wir den guten Ansatz der Landesregierung, über eine **Bundratsinitiative** das Bundesberggesetz dahin gehend zu ändern, vollumfänglich unterstützen. Wir haben auch immer wieder darauf hingewiesen, dass wir uns schon allein aus rechtlichen Gründen aufgrund des Bundes- und des Landesrechts nicht dazu in der Lage gesehen haben, das Ganze über eine Änderung des Landeswassergesetzes zu kippen. Wenn es so wäre, dann wäre es schön. Aber dann verstehe ich nicht, warum in diese Richtung bisher nicht ausreichend gearbeitet worden ist. Diese Frage muss ich natürlich dem Umweltminister stellen. Ich denke jedoch, das Ganze sollten wir im Ausschuss beraten und zu klären versuchen.

Eines möchte ich noch sagen und mich dabei direkt an die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wenden. Frau Fritzen, wir haben im Ausschuss mehrfach darüber diskutiert, dass wir den Antrag, den Sie gestellt haben - insoweit beziehe ich Sie mit ein, weil Sie zu den regierungstragenden Fraktionen gehören -, ob wir nun Fracking wollen oder nicht, in der Formulierung für zu schwammig hielten. Ich möchte Ihnen mitteilen, dass wir uns nach langer Diskussion im Rahmen der CDU-Fraktion heute durchaus bereit erklären können, diesem Antrag, obwohl wir uns im Ausschuss bei der Abstimmung darüber der Stimme enthalten hatten, heute zuzustimmen, jedoch mit dem deutlichen Hinweis darauf - der wird natürlich jetzt auch ins Protokoll eingehen -, dass wir es, wenn es um das Fracking geht, nicht gleichzeitig irgendwo mit einem grünen Fallstrick zu tun bekommen werden und Sie letztlich zum Beispiel die Ölförderung an der Mittelplate

torpedieren. Das ist für uns die Grundvoraussetzung.

Das Thema Fracking, wie Sie es in Ihrem Antrag beschrieben haben, ist für uns nicht hundertprozentig eindeutig beschrieben worden. Deshalb weise ich noch einmal darauf hin: Wenn wir heute von Fracking sprechen, dann wollen wir Ihrem Antrag gern zustimmen und wollen uns nicht mehr der Stimme enthalten. Das aber darf nur für das Fracking gelten, über das wir heute in der Diskussion gesprochen haben.

(Beifall SPD)

Wir sind somit auf einem guten Weg.

Ich fasse zusammen: Es wäre zu schön, wenn der Antrag der PIRATEN zum Erfolg führen würde, wonach über das Landeswassergesetz, das UVP-Gesetz und das Landesverwaltungsgesetz auf Landesebene quasi ein Landesgesetz auf den Weg gebracht werden könnte, also eine Landesklausel zum Verbot von Fracking. Darüber werden wir diskutieren müssen. Glauben können wir es jedoch noch nicht. Auf der anderen Seite unterstützen wir die Bundratsinitiative und sprechen uns deutlich gegen das hier angesprochene und diskutierte Fracking aus. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat nun das Wort der Herr Abgeordnete Olaf Schulze.

Olaf Schulze [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir alle hier im Hause sind uns mit der Landesregierung einig: Wir wollen **kein Fracking!**

(Beifall SPD und SSW)

Herr Rickers, Sie haben eben erneut betont, dass wir alle hier im Hause im Grundsatz einer Meinung sind. Ich freue mich darüber, dass Sie heute auch unserem Antrag zustimmen wollen. Herzlichen Dank dafür! Dies zeigt auch, dass wir hier gegen Fracking eine breite Basis haben und wir uns in dieser Frage wirklich einig sind. Ich finde es sehr gut, dass diese Einigung von Anfang an bestanden hat; auch das muss man betonen. Die Einigkeit ist ja nicht erst jetzt erzielt worden, sondern wir waren uns in dem Ziel von Anfang an einig, Fracking zu verhindern.

(Olaf Schulze)

(Beifall CDU und FDP)

Umso trauriger finde ich, dass Herr Breyer und die PIRATEN immer wieder so tun, als wenn die Landesregierung und wir hier im Parlament nicht wirklich versuchen, alles gegen Fracking zu tun. Es ist gut, dass wir in einem Rechtsstaat leben, wir müssen auf der anderen Seite aber auch feststellen, dass es nach rechtsstaatlichen Grundsätzen eben nicht möglich ist, gegen bestehende Gesetze zu verstoßen. Das ist auch richtig so.

Deshalb haben wir bereits Ende 2012 einen interfraktionellen Antrag gegen Fracking beschlossen, und wir haben diesen Beschluss im März 2013 noch einmal bekräftigt. Wir haben dazu eine umfangreiche Anhörung im Ausschuss durchgeführt.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Olaf Schulze [SPD]:

Selbstverständlich.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön, Herr Dr. Breyer.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Kollege, Sie haben gesagt: Wir wollen kein Fracking in Schleswig-Holstein. Darf ich das so verstehen, dass Sie inzwischen auch unserer Meinung sind, dass man das nicht auf das toxische Fracking beschränken darf?

(Serpil Midyatli [SPD]: Hör auf!)

Olaf Schulze [SPD]:

Ich habe das akustisch nicht ganz verstanden.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Dass man sich nicht auf ein Verbot des toxischen Frackings beschränken darf, sondern dass die Stoffe genauso gefährlich sind, die auch bei der Verwendung nicht toxischer Substanzen aus dem Erdboden herauskommen?

- Ich glaube, Herr Rickers hat diese Fragen eben in seiner Rede auch schon beantwortet. Wir jedenfalls sind uns alle darüber einig - darüber sind wir uns schon lange einig -, dass wir Fracking in Schleswig-Holstein nicht haben wollen. Deshalb versuchen sowohl wir als auch die Landesregierung, das auf Bundesebene, wo es eigentlich gesetzlich geregelt werden muss, entsprechend umzusetzen. Bei

dieser Gelegenheit bedanke ich mich herzlich bei der Landesregierung dafür, dass sie mit uns an einem Strang zieht. Wir wollen, dass auf Bundesebene Gesetze geschaffen werden, die es uns ermöglichen, Fracking bei uns in Schleswig-Holstein zu verbieten. Das wäre der richtige Weg.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Das ist doch keine Antwort!)

- Doch, das war sogar eine ganz klare Antwort.

Wir wollen eine Änderung des Bergrechts, in dem auch der **Umweltschutz** berücksichtigt wird und nicht nur die Rohstoffgewinnung. Wir benötigen eine grundsätzliche Reform des Bundesrechts, in der die Beteiligung von Gemeinden an dem Verfahren festgeschrieben und eine Umweltverträglichkeitsprüfung sichergestellt wird, damit die Umweltschutzbelange berücksichtigt werden können. Sie sollten jetzt genau zuhören; dann haben Sie auch eine gute Antwort.

An diesen Forderungen hat sich nichts geändert. Wir haben unsere Landesregierung aufgefordert, sich dafür im Bund einzusetzen. Eine **Bundesratsinitiative** dazu ist bereits eingebracht.

Meine Damen und Herren, jetzt haben die PIRATEN einen Gesetzentwurf eingebracht, mit dem einerseits der Schutz des Wassers vor Gefahren des Frackingverfahrens geregelt und das Landeswassergesetz entsprechend angepasst und zudem auf Landesebene die Umweltverträglichkeitsprüfung ausgeweitet werden sollen.

Das Thema Fracking und seine Folgen bewegen die Menschen in der Tat nachhaltig, und das zu Recht. Besonders in den Gemeinden, in denen Unternehmen Anträge zur Erkundung gestellt haben oder noch stellen wollen, ist die Sorge vor den Auswirkungen und Gefahren des Frackings, die keiner bisher wirklich absehen kann, groß. Es gibt viele Bürgerinitiativen, die sich mit dem Thema beschäftigen, Bürgermeister laden zu Gemeindeversammlungen ein, um den Menschen vor Ort die Lage zu erklären. Wir teilen diese Bedenken und haben uns deshalb ja auch bereits frühzeitig klar positioniert, und zwar schon vor den PIRATEN.

(Beifall SPD)

Lesen Sie doch einmal den Koalitionsvertrag durch! Der war lange vor der Zeit unterschrieben, zu der Sie dieses Thema aufgegriffen haben.

Wir müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, dass wir eben nicht alles auf Landesebene regeln können. Entscheidend wird sein, das **Bundesbergrecht**

(Olaf Schulze)

zu ändern. Dafür wird sich unsere Landesregierung auf Bundesebene weiter starkmachen. Da brauchen wir uns nicht zu sorgen.

Die Vorschläge der PIRATEN sind gut gemeint, zum Teil aber auf Landesebene nicht umzusetzen. Vor allem begrüßen wir es, dass die PIRATEN die Idee unseres Umweltministers aufgenommen haben, das Landesverwaltungsgesetz zu ändern, um mehr Transparenz in dem Verfahren herzustellen. Über die genaue Formulierung werden wir im Ausschuss sprechen müssen. Dort werden wir sicherlich auch genügend Zeit haben, über die anderen Vorschläge ausführlich zu diskutieren und zu überprüfen, ob wir damit auch wirklich das erreichen, was wir erreichen wollen, nämlich Fracking für Schleswig-Holstein und am besten auch bundesweit auszuschließen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Fracking wird von vielen Menschen als Risikotechnologie angesehen und deshalb abgelehnt. Das findet seine Entsprechung in zahlreichen Beschlüssen der kommunalen Selbstverwaltung. Der Beschluss der Gemeindevertretung Wenningstedt, die Resolution des Amtsausschusses Geltinger Bucht und der Beschluss des Kreistages Schleswig-Flensburg sind nur drei Beispiele von vielen.

Der Landtag setzt sich ebenfalls kritisch mit Fracking auseinander. Er hat sich bereits in der vergangenen Legislaturperiode mit diesem Thema befasst und hat per Beschluss der Drucksache 18/386 mit den Stimmen der Abgeordneten aller Fraktionen ein **Verbot von Fracking**, Transparenz, ein Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren für solche Antragstellungen und letztlich eine Änderung des Bergrechts gefordert.

Mit der Ihnen vorliegenden Ausschussempfehlung bestärkt der Landtag seine Position gegen Fracking. Die sichere Gewinnung von Trinkwasser hat unbedingten Vorrang vor umweltgefährdender Rohstoffgewinnung. Der Landtag unterstützt die **Bundratsinitiative** der Landesregierung, bundesweit gesetzliche Grundlagen zur Verhinderung von

Fracking zu schaffen. Die Diskussion der vergangenen Monate hat aber auch gezeigt, dass das **Bundesbergrecht** grundsätzlichen Reformbedarf mit Blick auf Bürgerbeteiligung und Umweltschutz hat.

Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, über den Bundesrat eine grundsätzliche Reform des Bundesbergrechts einzuleiten. Wir bitten um Zustimmung des Hohen Hauses zu dieser Beschlussempfehlung.

Meine Damen und Herren, außerdem befassen wir uns heute mit einem Gesetzentwurf der Piratenfraktion. Mit dem Artikelgesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes haben die PIRATEN einen Gesetzentwurf eingebracht, den ich zunächst einmal loben muss. Dieser ist handwerklich sauber und im Sinne der PIRATEN transparent und gut erläutert. Er enthält sogar eine Synopse, in der die bisherige Regelung der neu vorgeschlagenen Regelung im Einzelnen gegenübergestellt wird. Wer schon einmal aus der Opposition heraus einen Gesetzentwurf erarbeitet hat - dies betrifft Oliver Kumbartzky bezüglich des Hundegesetzes, aber auch ich habe schon entsprechende Erfahrungen gesammelt -, der weiß, dass das mit Arbeit verbunden ist. Insofern: à la bonne heure!

Ich darf aber auch inhaltliche Kritik anmelden. Vieles von dem, was gefordert wird, ist bereits im bisherigen Wassergesetz enthalten. Es ist also kein Fortschritt damit verbunden. Viele Forderungen sind meines Erachtens Bundessache. Bei diesen Punkten weiß ich nicht, ob wir dabei nicht die Gesetzgebungskompetenz des Landes überschreiten. Einige Forderungen lehne ich auch ab, etwa die Offenlegung aller Anträge. Dies betrifft die geplante Veränderung des § 28 des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes. Dabei folge ich bis zur Überzeugung vom Gegenteil auch nicht den Vorstellungen der Landesregierung, Herr Minister. Wir werden das im Ausschuss sicher noch diskutieren. Ich freue mich auf die Befassung im Ausschuss.

Herr Präsident, ich fasse zusammen. Wir stimmen der Beschlussempfehlung des Ausschusses zu und beantragen die Ausschussüberweisung des Gesetzentwurfs. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da ich gestern so wenig geredet habe, habe ich meinen Fraktionsvorstand gebeten, mir heute das Wort zu geben. Vielen Dank dafür.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir fördern Nachwuchskräfte! So einfach ist das!)

- Genau.

(Serpil Midyatli [SPD]: Herr Kollege, das tut auch not! - Heiterkeit)

- Das lasse ich einmal so stehen.

Meine Damen und Herren, seit Monaten bringen die PIRATEN einen Antrag nach dem anderen in den Landtag ein,

(Beifall PIRATEN)

um **Fracking** auf die unterschiedlichste Art und Weise zu verhindern. Das ist im Prinzip sehr löslich. Allerdings waren die Anträge bisher leider entweder rechtswidrig oder wirkungslos. Umso mehr erfreut mich der heute vorliegende Gesetzentwurf, den wir unbedingt im Ausschuss intensiv diskutieren sollten. Dabei schließe ich mich dem Kollege Matthiessen an, der die Transparenz gelobt hat.

Allerdings ist beim Thema der Transparenz ein Punkt vergessen worden. Lieber Herr Breyer, gerade die PIRATEN sind doch für Transparenz und für Kennzeichnung. Teile Ihres Antrags sind aber aus Baden-Württemberg übernommen worden.

(Zuruf PIRATEN: Das steht in der Begründung!)

In der baden-württembergischen Drucksache 15/4404 kann man nachlesen, dass bestimmte Punkte aus dem **Landeswassergesetz** von **Baden-Württemberg** übernommen worden sind. Das hätten Sie in Ihrer heutigen Rede noch einmal deutlich kennzeichnen sollen. Wie gesagt, wir werden uns im Ausschuss noch intensiv damit beschäftigen.

Man muss schauen, ob das wirklich wirksam ist. Zudem besteht die Gefahr, dass einem das **Bundesbergrecht** einen Strich durch die Rechnung macht, wenn man etwas auf Landesebene ändert. Wenn man sich den Gesetzgebungsprozess in Baden-Württemberg ansieht, dann findet man auf diese Frage leider keine Antwort; denn dort wurde der Paragraf zum Thema „Fracking“ ohne große Aussprache und Anhörung im Rahmen einer größeren Gesetzesnovelle beschlossen.

Dennoch wird deutlich, wie unterschiedlich die Länder mit dem Thema umgehen. Es ist schon verwunderlich, dass die Landesregierung Baden-Württemberg einen solchen Gesetzentwurf vorlegt, um Fracking auszuschließen, während dies in Schleswig-Holstein noch nicht geschehen ist. Da es sowohl in Baden-Württemberg als auch in Schleswig-Holstein einen grünen Umweltminister gibt, frage ich mich, ob es vielleicht mit der Kommunikation hakt.

(Beifall FDP - Zuruf PIRATEN)

Ich komme zu den Anträgen, die wir heute gemeinsam mit dem bereits erwähnten Gesetzentwurf beraten. Den Antrag der PIRATEN zu einem Fracking-Moratorium lehnen wir ab; denn dieser hätte keine Wirkung entfalten können und ist darüber hinaus rechtswidrig. Wir werden dem Änderungsantrag der Koalition zustimmen. Das haben wir im Ausschuss auch schon gemacht.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Ich weiß.

Dieser Antrag bekräftigt noch einmal die Position, die wir fraktionsübergreifend vertreten. Wir sollten ein starkes Signal senden, dass der Landtag geschlossen hinter der Bundesratsinitiative der Landesregierung steht. Es ist bedauerlich, dass diese Initiative nach wie vor im entsprechenden Ausschuss des Bundesrats schlummert und bislang nicht beschlossen wurde. Deswegen brauchen wir ein starkes Signal.

Jetzt habe ich eigentlich auf Applaus der Sozialdemokraten gehofft.

(Vereinzelter Beifall SPD - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo er recht hat, hat er recht!)

- Danke.

Da wir gerade bei der Bundesratsinitiative sind - und jetzt werden Sie das Klatschen wieder bedauern -: Mich beschäftigt da noch eine Frage. Herr Breyer hat auch schon in diese Kerbe geschlagen. Das möchte auch ich tun und die entsprechenden Passagen zitieren. Dies betrifft die im Januar beschlossene Neufassung des Landesplanungsgesetzes und deren Wirksamkeit gegenüber Fracking.

Im Januar fand in Heide ein sehr gut besuchter Bürgerdialog zum Thema „Fracking“ statt. Das war eine sehr gelungene Veranstaltung und auch ein sehr guter Auftritt von Herrn Minister Habeck. Das muss ich ganz ehrlich sagen. Er hat dort ein paar bemerkenswerte Sätze gesagt, die in der „Dithmar-

(**Oliver Kumbartzky**)

scher Landeszeitung“ vom 29. Januar 2014 erschienen sind:

„Ende Februar beschließt das Kabinett eine landesplanerische Veränderungssperre. ... Damit gewinnen wir drei, vielleicht vier Jahre Zeit. Gibt es bis dahin kein neues Bundesbergrecht, stehen wir auf dünnem Eis, und es wird extrem schwer, Fracking in Schleswig-Holstein zu verhindern.“

Dieser Aussage steht die Rede des Ministerpräsidenten entgegen, die er am 24. Januar 2014 im Landtag gehalten hat:

„Wir müssen auch raumordnungstechnisch unter der Erde planerisch handlungsfähig werden. Das sind wir, und wir sind damit in der Lage, Anträge auf Fracking raumordnerisch untersagen zu können und das, was wir politisch alle fordern, auf der Basis einer modernen Raumordnung umsetzen zu können. In Schleswig-Holstein wird es mit dieser Raumplanung kein Fracking geben.“

Herr Ministerpräsident, was gilt denn nun? Gilt das, was Herr Habeck gesagt hat, oder das, was Sie gesagt haben? Das müssen wir heute einmal klarstellen.

(Beifall FDP und PIRATEN)

Der Bevölkerung ist es nicht zuzumuten, dass sie einerseits den Ministerpräsidenten und andererseits den Umweltminister hört, der eine ganz andere Auffassung vertritt. Das führt zu einer völlig unklaren Lage in der Öffentlichkeit. Deshalb bitte ich Sie herzlich, das hier heute klarzustellen.

(Beifall FDP und PIRATEN)

Meine Damen und Herren, der aktuelle Schwebezustand ist den Bürgern nicht länger zuzumuten. Im Bundesbergrecht muss verankert werden, dass der Einsatz von Frac-Fluiden zur Gewinnung von Kohlenwasserstoffen in unkonventionellen Lagerstätten untersagt wird. Wir erwarten dabei einen stärkeren Einsatz des Ministerpräsidenten und einen stärkeren Einsatz des einflussreichen SPD-Parteivize Nr. 6 Dr. Stegner für diese Bundesratsinitiative, damit wir bei diesem Thema auf Bundesebene endlich vorankommen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind in Schleswig-Holstein in der guten politischen Situation, dass sich alle Fraktionen im Grundsatz einig sind und **Fracking** zur Gewinnung von **Erdgas** und **Erdöl** ablehnen. Diese Voraussetzung ist unsere Stärke, wenn es darum geht, für eine Änderung des **Bundesbergrechts** zu kämpfen. Dass dies nicht einfach wird, war uns von vornherein bewusst.

Wir müssen leider erkennen, dass die Interessenlage der Länder in Bezug auf Fracking sehr unterschiedlich ist. Daher sind wir uns alle im Klaren darüber, dass dies sehr dicke Bretter sind, die gebohrt werden müssen. Unsere interfraktionelle Gesetzesinitiative für ein bundesweites Verbot von umwelttoxischem Fracking befindet sich immer noch im Bundesratsverfahren.

Klar ist, wir müssen das Bundesbergrecht endlich modernisieren. Das bedeutet, wir brauchen endlich ein Bergrecht, das den modernen gesellschaftlichen Anforderungen entspricht. Dies wären: Berücksichtigung von Umweltbelangen, Berücksichtigung der Forderungen aus den Ländern und mehr Transparenz. - Das ist auch ein Ergebnis der Ausschussberatungen, die wir hierzu geführt haben. Je geschlossener der Landtag in dieser Sache stimmt, desto mehr unterstreichen wir diese Notwendigkeit.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Daher halten wir es für einen guten Schritt, dass Minister Habeck nun abseits der offiziellen Verfahrenswege auf seine Länderkollegen zugegangen ist und die Initiative ergriffen hat, um dem Verfahren auf anderem Wege neues Leben einzuhauchen. Wir sind gespannt, wie die Antworten ausfallen. Zumindest lassen sich daraus neue Erkenntnisse und Rückschlüsse ziehen, wie im Bundesrat weiter mit unserer Initiative verfahren wird.

Wir haben wir durch das Einziehen einer **Veränderungssperre** bis zur Neuaufstellung des **Landesentwicklungsplans** Zeit gewonnen. Aber das ändert nichts an der Tatsache, dass das Bundesbergrecht geändert werden muss. Daher unterstützen wir die Landesregierung in ihren Bestrebungen, hier alle Register zu ziehen.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Nun liegt uns ein **Gesetzentwurf der PIRATEN** zum **Schutz des Wassers** vor, der mehrere Aspekte aufgreift, angefangen bei der Änderung des Landes-

(Flemming Meyer)

wassergesetzes über das Landesumweltverträglichkeitsprüfungsgesetz bis hin zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes. Damit verfolgen die PIRATEN das Ziel, das Grundwasser und die Trinkwasserversorgung vor Risiken von Fracking zu schützen. Diesem Ziel kann ich mich uneingeschränkt anschließen.

(Beifall SSW und PIRATEN)

Ich glaube, niemand wird sich diesem **Ziel** entgegenstellen. Das ist nämlich in unser aller Interesse. Die Frage ist jedoch, ob der von den PIRATEN **vorgeschlagene Weg** realisierbar ist. Hier sehe ich in der Tat einige Schwierigkeiten. Aber wir werden den Gesetzentwurf dem parlamentarischen Verfahren zuführen und uns im Ausschuss ausführlich damit befassen. Das heißt, wir werden hierzu eine Anhörung durchführen und diese auswerten. Dann werden wir sehen, ob der Gesetzentwurf ausreichend ist oder Teile des Entwurfs ausreichend sind, um das Grundwasser und die Trinkwasserversorgung vor möglichen Risiken durch Fracking zu schützen.

Grundsätzlich ändert das jedoch nichts daran, dass wir alles dafür tun müssen, das Bergrecht zu ändern. Das muss erste Priorität haben. Ich begrüße allerdings alle Vorschläge, die geeignet sind, eine zweite Deichlinie zu ziehen. Diese müssen aber Hand und Fuß haben und rechtlich standhalten können. Ansonsten schaden wir der Sache mehr, als wir ihr dienen. - Danke.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Wir kommen jetzt zu den Dreiminutenbeiträgen. Das Wort für die Piratenfraktion hat die Frau Abgeordnete Angelika Beer.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich als Erstes für den Beitrag des Kollegen Meyer bedanken. Eine sachorientierte Debatte, die zu einem gemeinsamen Ziel führt, ist das, was wir wollen.

Lieber Kollege Kumbartzky, Sie können die Initiativen der PIRATEN kritisieren, wie Sie es eben getan haben.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Ich habe sie nicht kritisiert!)

Es ist nur so: Die PIRATEN stellen - genauso wie die Bürgerinnen und Bürger - Fragen. Wenn die Landesregierung keine Antwort geben kann oder geben will, wie es der Herr Umweltminister in der letzten Ausschusssitzung zu der Frage getan hat, warum der Widerspruch zwischen den Aussagen von Ministerpräsident Albig und ihm nicht aufgelöst wird, dann stellen wir allerdings auch Anträge und reichen Gesetzentwürfe ein, um diese Widersprüche aufzulösen.

(Beifall PIRATEN)

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, um was es geht - wir haben es Anfang dieser Woche schon diskutiert -: Die **Europäische Kommission** ist einen anderen Weg gegangen. Sie hat die Initiativen zum Verbot von **Fracking** nicht weiterverfolgt, sondern im Programm der Kommission wird Fracking als handhabbar angesehen. Das gilt es zu verhindern, gerade im Hinblick auf die neue Kommission, die in diesem Jahr eingesetzt wird.

(Beifall PIRATEN)

Wir wollen alle Möglichkeiten nutzen; das habe ich hier immer wieder betont. Deswegen werden wir dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zustimmen, auch wenn er uns nicht weit genug geht. Wir wollen den Konsens hier festhalten.

(Beifall PIRATEN)

Aber wir wollen, dass wir die **Spielräume**, die wir in **Schleswig-Holstein** haben, ausnutzen. Genau das ist Ziel unseres Gesetzentwurfs.

(Beifall PIRATEN)

Es gibt noch einen weiteren Punkt, den wir in den Ausschussberatungen klären müssen; auch darauf ist keine Antwort gekommen. Es geht nicht nur um das toxische Fracking. Auch Fracking ohne das Einführen von toxischen Mitteln kann zur Gefährdung des Wassers führen. Deswegen heißt es bei uns: hundertprozentig **gegen Fracking**.

(Beifall PIRATEN)

Ich möchte, liebe Kolleginnen und Kollegen, noch einmal das Wort **Transparenz** aufgreifen. Diesmal hat es der Kollege Meyer vom SSW angesprochen. Es ist doch absurd, dass, obwohl die Bürgerinnen und Bürger immer wieder zusammenkommen und obwohl sich die Gemeinden immer wieder neu gegen jede Art von Fracking in ihren Gemeinden positionieren, hier im Dialogverfahren die Transparenz weiter abgelehnt wird.

(Angelika Beer)

Wir wissen nun und dürfen es zumindest sagen: Es gibt zwei weitere **Anträge auf Erlaubnis** und einen weiteren **Antrag auf Bewilligung**. Aber die Menschen vor Ort werden nicht informiert. Das geht nicht mehr. Wir haben hier eine absolute Mehrheit gegen Fracking in Schleswig-Holstein.

(Beifall PIRATEN)

Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, informiert zu werden, um sich im Widerstand, den wir hier gemeinsam haben, zu engagieren und die Politik zu unterstützen, damit es endlich zu einem eindeutigen Verbot kommt. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen seitens der Fraktionen sehe ich nicht. Dann hat jetzt die Landesregierung das Wort. Es spricht der Minister für Energiewende, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume, Dr. Robert Habeck.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich möchte mich dem Lob für die Gemeinsamkeit, die wir hier hergestellt haben, anschließen. Ich finde, es ist schon etwas Besonderes, dass wir letztlich nicht nur partei- und fraktionsübergreifend als **Land der Energiewende**, also der positiven Gestaltung der Energieinfrastruktur der Zukunft wahrnehmbar sind, sondern auch geschlossen im **Kampf gegen** die Verlängerung von **sterbenden Technologien** wie CCS und Fracking agieren. Das ist etwas Besonderes in Schleswig-Holstein, und diese Besonderheit macht uns stark.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Ich möchte auch sagen, dass ich es anerkenne, dass die PIRATEN einen Entwurf für ein Artikelgesetz mit drei Vorschlägen vorgelegt haben. Es ist ein anspruchsvolles Unterfangen, aus der Opposition heraus solche Gesetze zu schreiben. Dass Sie sich dieser Mühe unterzogen haben, ist aller Ehren wert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Aber lassen Sie mich auch sagen, dass der Vorwurf, die Landesregierung führe einen Schlingerkurs, aus meiner Sicht nicht richtig ist. Von Anfang an haben wir eine klare Linie. Das heißt, dass wir alles unter-

nehmen, was nach Recht und Gesetz möglich ist, und dass wir Recht und Gesetz da, wo es uns diese Möglichkeiten nicht gibt, ändern werden. Das haben wir von Anfang an so getan, und so werden wir es auch weiterhin machen. Das Hauptrecht, das geändert werden muss, ist das **Bergrecht**.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN und Beifall Oliver Kumbartzky [FDP])

Das Bergrecht beruht auf einem **schlechten Gesetz**. Es stammt aus dem vorigen Jahrhundert. So, wie es im vorigen Jahrhundert gelungen ist, die Ausbeutung der Menschen durch das Bergrecht zu verhindern und zu ändern, so muss es in diesem Jahrhundert endlich gelingen, die **Ausbeutung der Natur und der Umwelt** durch das Bergrecht zu verhindern. Deswegen muss das Bergrecht geändert werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Entsprechend habe ich - das wurde gesagt - an meine Länderkollegen einen Brief geschickt - den Fraktionen müsste er vorliegen; ich hoffe, dass das geklappt hat - mit 14 **Vorschlägen** dazu, wie das **Bergrecht** geändert werden soll. Sie betreffen alle die Punkte, die wir seit anderthalb Jahren diskutieren. Sie betreffen Transparenz. Sie betreffen Mitbestimmung. Sie betreffen die Umkehr des Vorsorgeprinzips, dass also die Unternehmen und Firmen die Beweislast dafür haben, dass sie keine Schuld auf sich geladen haben, wenn Einflüsse bei Gebäuden oder in der Umwelt zu beklagen sind. Sie betreffen die Möglichkeit der unterirdischen Raumordnung. Sie betreffen einmal mehr das Verbot von Fracking, für das wir uns vor anderthalb Jahren im Bundesrat eingesetzt haben, für das wir dort aber keine Mehrheit bekommen haben.

Ich bin gespannt darauf, wie die **Länderkollegen** darauf reagieren. Ich hoffe, dass sich mit diesem Vorstoß einmal mehr die Tradition des Landes Schleswig-Holstein bewahrheitet, dass wir das Land sind, über die Energiepolitik eine moderne transparente Bundesrepublik herzustellen. Das ist eine gute Geschichte, die von diesem Parlament und von diesem Land ausgehen kann.

Gestatten Sie mir ein paar Anmerkungen zu dem Antrag der PIRATEN. In der Tat wird uns das Thema im Ausschuss noch mehrfach beschäftigen. Es wird Anhörungen geben. Wir werden es sicherlich hier in einer zweiten Lesung noch einmal besprechen. Zunächst scheint mir der Antrag nicht komplett dem Gesetzentwurf die Hand zu reichen. Zum einen, liebe PIRATEN, fordern Sie die **Veröffentli-**

(Minister Dr. Robert Habeck)

chung der Aufsuchungsanträge, und in dem Gesetzentwurf wollen Sie die gesetzliche Grundlage dafür schaffen, dass die Anträge veröffentlicht werden dürfen. Beides ist nicht unmittelbar kongruent. Zum einen wollen Sie in dem Moratoriumsantrag das Verbot von Fracking erreichen, zum anderen schlagen Sie in dem Gesetzgebungsantrag vor, Grundlagen für das Verbot von Fracking zu schaffen. Das ist - so meine ich - nicht völlig widerspruchsfrei.

In der Tat ist dies eine **unübersichtliche Rechtsmaterie**, und man lernt das Laufen wahrscheinlich beim Gehen. So geht es mir auch. Insofern finde ich es richtig, dass man versucht, voranzukommen und neue Ideen zu erproben oder auf ihre Rechtswirksamkeit hin zu überprüfen.

Deshalb gestatten Sie mir drei Anmerkungen zu den Ideen des Artikelgesetzes, die ich nicht abschließend verstanden wissen möchte, sondern vielmehr als Anmerkungen, über die wir uns wahrscheinlich im Ausschuss und später im Landtag auseinandersetzen haben. Ich selbst unterstütze den Vorstoß, § 88 a des Landesverwaltungsgesetzes zu ändern,

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

sodass wir die **Veröffentlichung der Ausführungserlaubnis** schon bei Antragseingang vornehmen können. Detlef Matthiessen hat jedoch recht: Man muss ehrlicher Weise sagen, dass Gesetze keine Einzelfalllösung auslösen. Dies würde für alle Verfahren im Land gelten können.

(Beifall PIRATEN)

Immer dann, wenn ein öffentliches Interesse angemeldet wird, müssten alle Anträge veröffentlicht werden, was zu Recht auf juristische Bedenken stößt. Es ist zu fragen, ob dies dem Schutz von geistigen oder Firmengeheimnissen noch genügt. Das wird genau zu überprüfen sein.

Zweitens fordern Sie eine **Landesumweltverträglichkeitsprüfung**. Einen Umstand, den ich über das Bergrecht ändern möchte, ist, dass das bundeseinheitlich geregelt wird, weil das Bundesbergrecht dem Landesgesetzgeber die Umweltverträglichkeitsprüfung eben nicht zugesteht. Insofern wäre zu prüfen, ob es verfassungskonform wäre, ein Landesgesetz einzuführen, das dem Bundesgesetzgebungswillen, der falsch ist, widerspricht.

Der dritte Punkt betrifft den Kern des Gesetzes, nämlich das **Wasserrecht**. Das Landeswasserrecht ist schon heute das schärfste Schwert, das wir haben, wenn es darum geht, Realanträge, die auf Ein-

griffe in das Erdreich durch Betriebspläne gestellt werden, zu untersagen. Die Frage ist, ob Ihre Vorschläge dieses Schwert schärfen. Zumindest in zwei Punkten melde ich Bedenken an. In § 7 Abs. 2 Satz 1 führen Sie eine Positivliste auf. Sie sagen, eine Erlaubnis der Wasserbehörde sei dann erforderlich, wenn für Aufsuchungen oder die Gewinnung von Erdgas, Erdöl, Erdwärme, Gesteinen unter hydraulischem Druck aufgebrochen werden sollen. Dies verkehrt ein Stück weit die bisherige Rechtsystematik. Bisher argumentieren wir ausgehend von den Schutzgütern, also dem Wasser. Um es klar zu sagen: Was geschieht, wenn diese Liste, die nie vollständig sein kann, auf das Problem trifft, dass ein Antrag gestellt wird, der diesen genannten Kriterien nicht entspricht? Beispiele dafür wären wissenschaftliche Forschung oder Verfahren, die es heute noch nicht gibt. Wären diese ohne Genehmigung der Wasserbehörden zu genehmigen? - Ich glaube, das ist eine spannende rechtspolitische Frage. Entsprechend ist die Formulierung, die die Logik Ihres Gesetzesvorstoßes trägt, zu hinterfragen.

Sie schreiben:

„Die Erlaubnis ist zu versagen, wenn eine Verunreinigung oder nachteilige quantitative Veränderung von Gewässern nicht auszuschließen ist.“

Dieses nicht auszuschließen, ist jedoch kein politischer Wille; die Begründung müsste real belegt werden.

(Vereinzelt Beifall PIRATEN)

- Ja, aber das ist ein Problem. Was ist, wenn eine Firma nachweisen kann, dass etwas auszuschließen sei, zum Beispiel in dem sie sagt, diese Technik habe man über viele Jahre hinweg da und dort erprobt? Wäre die Erlaubnis in diesem Fall zu erteilen? - Es kann also sein, dass Sie in Ihrer Intention, etwas Gutes zu wollen, das Schwert tatsächlich eher stumpfer machen. Der gute Wille kann also der Feind des Guten sein. All dies wäre genau im Ausschuss zu prüfen. Ich freue mich auf die Beratungen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Die Landesregierung hat ihre Redezeit um 2 Minuten überschritten. Diese Zeit steht nun allen Fraktionen zu. Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Abgeordneten der Piratenfraktion, Herrn Dr. Patrick Breyer, das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, auf einige Anmerkungen und Bedenken einzugehen, die im Laufe der Debatte laut geworden sind. Der Kollege Olaf Schulze hat sich leider schon jetzt in der ersten Lesung dahin gehend positioniert, dass einige Punkte aus unserem **Gesetzentwurf** auf **Landesebene** nicht umzusetzen seien. Das wundert mich sehr, weil sich unser Gesetzentwurf doch recht eng an den Vorlagen aus Baden-Württemberg orientiert, die ebenfalls auf Landesebene umgesetzt sind. Er orientiert sich auch an Vorlagen des Bundesumweltministeriums. Herr Dr. Altmeier hat im letzten Jahr einen entsprechenden Vorstoß vorgelegt, der jedoch nicht weiter verfolgt worden ist. Mit Bezug auf das Landesrecht haben wir als Bundesland eine Kompetenz und können vom Bundesrecht abweichen. Natürlich können wir dies auf Landesebene umsetzen, das wird sich bei der Anhörung herausstellen.

(Beifall PIRATEN - Zuruf Olaf Schulze [SPD])

- Es freut mich sehr, wenn nicht gesagt wurde, dass dies nicht umsetzbar sei.

(Zuruf Olaf Schulze [SPD])

- Ich bin vollkommen einverstanden, wir können das gern klarstellen und belegen.

Der Kollege Detlef Matthiessen hat bemängelt, dass vieles von dem, was wir in das Gesetz schreiben wollen, schon heute gilt. Zugegeben, auch wir PIRATEN sind der Meinung - damit sich auch der vermeintliche Widerspruch klärt, den Robert Habeck angesprochen hat -, dass aufgrund des geltenden Rechts sehr wohl schon heute **Anträge** nach ihrem Eingang **veröffentlicht** werden könnten. Schon heute könnte man Fracking aus wasserrechtlichen Gründen verbieten, aber die Landesregierung und der Wissenschaftliche Dienst haben auf unsere Anfrage hin im entsprechenden Gutachten gesagt: Heute ist eine **Einzelfallprüfung** erforderlich. Es ist von Fall zu Fall zu entscheiden, und die Entscheidung trifft das LBEG in Niedersachsen. Das ist keine rechtssichere Handhabe, daher hilft unser Gesetzentwurf in diesem Bereich nach.

(Beifall Angelika Beer [PIRATEN])

Lieber Kollege Matthiessen, ich fand es sehr entlarvend, dass Sie sich klar dazu bekennen, dass solche Anträge tatsächlich geheim gehalten werden sollen und dass Sie das Gesetz nicht dahin gehend ändern wollen, dass man mit Eingang der Anträge veröf-

fentlichen kann, welche Gebiete von solchen Anträgen betroffen sind. Sogar im rot-grün regierten **Nordrhein-Westfalen** werden eingehende **Anträge** auf einer Karte im **Internet** veröffentlicht, wodurch sich alle Bürger darüber informieren können, was in ihrer Heimat droht. Ich finde es erschreckend, wenn Sie diesen Weg nicht mitgehen wollen. Angelika Beer hat dazu schon Treffendes gesagt.

Der Umweltminister Habeck hat Befürchtungen geäußert und gefragt: Was passiert in anderen Fällen, wenn wir einzelne Erlaubnistatbestände definieren? Schon heute gibt es im Gesetz einen allgemeinen Auffangtatbestand, der besagt, dass die **Nutzung von Wasser** erlaubnispflichtig ist. Dieser gilt natürlich weiterhin. Das heißt, bei allen Fällen, die wir nicht näher definieren, bleibt es bei der alten Rechtslage, sodass es nicht zu einer Aushöhlung dieser Fälle kommen wird. Hier braucht man keine Befürchtungen zu haben.

Zu dem letzten Gesichtspunkt der viel besprochenen Bundesratsinitiative sage ich: Diese Initiative ist leider unzureichend, weil sie sich nur gegen das toxische Fracking wendet. Außerdem ist sie politisch leider aussichtslos. Sie ist tot, hier tut sich im Bundesrat überhaupt nichts. Auch wenn wir sie an dem messen, was im Koalitionsvertrag steht, ist leider zu beobachten, dass sich auf **Bundesebene** in Bezug auf **Fracking** seit Jahren nichts tut. Daher ist es so wichtig, dass wir auf Landesebene endlich das tun, was wir können, und das tun wir mit unserem Anti-Fracking-Gesetz. - Danke schön.

(Vereinzelt Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 18/1565 an den Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wer zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/570, abzulehnen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist bei Gegenstimmen der Piratenfraktion mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/671,

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

anzunehmen. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 34 auf:

Prüfung der Einrichtung von Jugendberufsagenturen in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/1371

Ich erteile dem Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Herrn Reinhard Meyer, das Wort.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben es bereits am Mittwoch im Zusammenhang mit Europa diskutiert: Jugendarbeitslosigkeit ist eine fatale Weichenstellung in sozialer Ausgrenzung mit erheblichen Folgen für jeden jungen Betroffenen und für die gesamte Gesellschaft; finanziell, sozial und politisch. Deshalb werden bundesweit immer mehr Behörden aktiv und eröffnen übergreifend arbeitende **Jugendberufsagenturen** mit dem Ziel, die **Beratung und Hilfe aus einer Hand** anzubieten. Das ist der richtige Weg.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Fragestellung, wie Jugendberufsagenturen nach dem Hamburger Modell in Schleswig-Holstein eingerichtet werden können, ist Bestandteil des vorliegenden Berichts der Landesregierung. Der Bericht setzt die Jugendberufsagentur in ihren ursprünglichen Bezugsrahmen der „Arbeitsbündnisse Jugend und Beruf“. Das Projekt wurde fachlich durch die Bundesagentur für Arbeit entwickelt und setzt auf Erfahrungen jener Kommunen, Arbeitsagenturen und Jobcenter, die die Ausgrenzung von Jugendlichen aus Bildung, Ausbildung und Erwerbstätigkeit verhindern und berufliche Lebensperspektiven erschließen wollen.

(Unruhe)

Wie im Bundesgebiet so verfolgt auch in Schleswig-Holstein eine große Anzahl wichtiger Akteure die Gestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf, und sie unternehmen unterschiedlichste Anstrengungen, um die **Potenziale** für die **jungen Menschen** herauszuarbeiten und vor allen Dingen ihre beruflichen Chancen auf den Einstieg in eine selbstbestimmte Lebensführung zu verbessern. Das

muss aber miteinander verbunden werden. Deshalb ist das auch ein wichtiger Punkt der Agenda unserer Fachkräfteinitiative „Zukunft im Norden“.

Mit dem vorliegenden Bericht wird ein Einblick in die **regionale Entwicklung** Schleswig-Holsteins gegeben, der in dieser Form noch nicht vorlag - regional deshalb, weil die operationalisierte Steuerung des Übergangsgeschehens auf der regionalen Ebene stattfinden muss. Die enge Einbindung der Bundesagentur für Arbeit, vertreten durch die Regionaldirektion Nord, führt ebenfalls zu ermutigenden Erkenntnissen.

Lassen Sie mich kurz auf den Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung eingehen. Dort findet sich auf Seite 66 folgender Text:

„Flächendeckend einzurichtende Jugendberufsagenturen sollen die Leistungen nach den Sozialgesetzbüchern II, III und VIII für unter 25-Jährige bündeln. Datenschutzrechtliche Klarstellungen sollen den notwendigen Informationsaustausch erleichtern.“

Meine Damen und Herren, die **Rechtslage** und die Frage von **Kompetenzen** machen einen wesentlichen Unterschied zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein aus. Denn was im Koalitionsvertrag auf Bundesebene unausgesprochen bleibt: Jugendberufsagenturen arbeiten nur dann erfolgreich, wenn Bundesrecht, kommunales Recht und Landesrecht für einen zielgerichteten Datenaustausch zusammenwirken. In einem Stadtstaat ist das naturgemäß einfacher als in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein mit Kreisen und kreisfreien Städten als selbstständigen Akteuren.

(Anhaltende Unruhe)

Deswegen steht im Mittelpunkt der verbesserten Übergangsgestaltung für Schleswig-Holstein ein Zwei-Ebenen-Ansatz, in dem Landesebene und die regionalen Ebenen in eine vernetzte und interaktive Beziehung gebracht werden. Im Klartext: Wir wollen auch als Land mehr koordinieren, und wir wollen mehr über einheitliche Standards reden, weil das den Jugendlichen vor Ort zugutekommt.

Das bildet eine hervorragende Basis für eine **rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit**. Die ist in Zeiten des Fachkräftemangels wichtiger denn je, in denen wir in der Politik Slogans gebrauchen wie: „Jeder wird gebraucht, keiner darf verloren gehen“. Da können wir es uns einfach nicht erlauben, dass sich Behörden und Ämter um Zuständigkeiten für Jugendliche, junge Menschen streiten, die Unterstützung auf ihrem Weg in die Arbeitswelt brau-

(Minister Reinhard Meyer)

chen. Das ist das erste Ziel, das jede Behörde bei ihrem Handeln im Blick haben muss.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, die erfreuliche regionale Entwicklung in Schleswig-Holstein ist Basis für unsere Empfehlungen. Einige Kreise und kreisfreie Städte setzen hohe Maßstäbe. Die müssen wir uns besonders vornehmen. Der Dialog mit den relevanten Akteuren aus Arbeitsverwaltung, Wirtschaft, Sozialpartnern, kommunaler Ebene und ihren Landesverbänden ist unverzichtbar. Deswegen müssen wir die bestehenden regionalen Aktivitäten der effizienten und effektiven rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit im Bereich des Übergangs von Schule und Beruf integrieren. Dabei brauchen wir - ich sage das eindeutig - keine Eins-zu-eins-Kopie des Hamburger Modells. Wir brauchen einen **schleswig-holsteinischen Weg**, der unseren besonderen Strukturen gerecht wird und vor allem die kommunale Selbstverwaltung respektiert.

Dass die Neuausrichtung der Übergangsgestaltung gelingen wird, davon bin ich überzeugt. Denn es gibt gute regionale Beispiele, wie in der Landeshauptstadt Kiel mit ihrem Arbeitsbündnis oder im Kreis Dithmarschen. Auch hier geht Dithmarschen wieder voran und leistet eine gute Arbeit.

Diese Wege wird die Landesregierung weiter miteinander koordinieren. Sie wird Benchmarks machen. Sie wird mit der regionalen Ebene einheitliche Standards diskutieren. Denn ein Ziel muss immer voranstellen: Wir möchten, dass uns kein Jugendlicher beim Übergang von der Schule in den Beruf verloren geht. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Tobias von Pein.

Tobias von Pein [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Als Asterix und Obelix Rom erobern wollten, heißt es in einer ihrer Prüfungen in der römischen Präfektur, dass sie vom Empfang zum Schalter 1, Korridor links, 6. Tür rechts müssen. Die Tür gibt es aber nicht, so werden sie zum Plan im 6. Stockwerk geschickt, von dort müssen sie wieder ins Erdgeschoss. Schalter 1 ist aber falsch,

so müssen sie zum Schalter 2, 3. Stock, Korridor B, Eingang 6. Dort angekommen, brauchen sie aber noch das blaue Formular und so weiter. Sie kennen die Geschichte. Dabei wollten sie ja nur den Passierschein A 38.

(Heiterkeit und Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Ganz so schlimm ist es bei uns zum Glück nicht, aber **junge Menschen** haben manchmal trotzdem mit **vielen staatlichen Anlaufstellen** zu tun.

Die Idee, jungen Menschen den Übergang von der Schule in den Beruf zu erleichtern, indem Beratung und Begleitung gebündelt werden, ist nicht neu. Eine Reihe von Städten hat schon frühzeitig Jugendberufsagenturen aufgebaut, in denen die Agentur für Arbeit, das Jobcenter und die jeweilige Stadt zusammenarbeiten. Die rheinland-pfälzische Landeshauptstadt Mainz hat beispielsweise eine solche Agentur schon 2008 eingerichtet.

Mit der Gründung von **Jugendberufsagenturen** in Hamburg vor zwei Jahren wurde das erste Mal eine solche Struktur auf der Ebene eines ganzen Bundeslandes geschaffen. Das heißt nun nicht, dass die arbeitssuchenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Hamburg alle zu ein und demselben Büro pilgern müssen, um sich dort stundenlang die Beine in den Bauch zu stehen. Auch Hamburg hat ja nicht eine große römische Präfektur. Die Jugendberufsagenturen sind vielmehr in jedem Bezirke präsent, seit Dezember 2013 auch in Bergedorf.

Nach nur anderthalb Jahren ihrer Tätigkeit kann man noch kein abschließendes Urteil fällen, inwieweit dieses Modell optimierungsfähig ist. Die personelle Enge trifft Hamburg genauso wie Schleswig-Holstein.

Doch schon jetzt zeigt sich, dass der Weg richtig ist. Es werden nahezu alle Jugendlichen erreicht. Auch die Zahlen sprechen für sich: 2012 haben nur 25 % der Schulabgänger von Stadtteilschulen sofort einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen, 2013 waren es bereits 39 %.

Die Frage, die wir uns gestellt haben, ist, inwieweit das Hamburger Modell auf uns übertragbar ist. In Hamburg gibt es nun einmal die Aufgabentrennung zwischen Land und Kommune und damit auch die Frage der Konnexität nicht. Klar ist doch, egal ob Stadt- oder Flächenland: **Anlaufstellen** müssen **dezentral organisiert** werden. Wir haben mit unserem Antrag vom Mai vergangenen Jahres nicht nur die Übertragbarkeit überprüfen lassen, sondern auch die Frage, inwieweit erfolgreich evaluierte

(Tobias von Pein)

Elemente bei uns umgesetzt und genutzt werden können.

Ich danke dem Arbeitsministerium deshalb für seinen ausführlichen Bericht, der uns noch einmal die vielfältigen Instrumente des Übergangs von der Schule in den Beruf darstellt. Der Bericht zeigt unter anderem: Das „Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt“ hat sich seit nunmehr sieben Jahren bewährt. Die allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen einschließlich der Regionalen Berufsbildungszentren, die Jugendhilfe einschließlich der Schulsozialarbeit, die Jobcenter und Arbeitsagenturen arbeiten bereits in den kreisfreien Städten und Kreisen in unterschiedlichen Formen mit unterschiedlicher Verdichtung zusammen.

Das ist zum Teil noch ausbaufähig, und man kann allen Akteuren nur raten, die erfolgreichen Bemühungen in anderen Bundesländern genau unter die Lupe zu nehmen, denn das Rad muss ja nicht in jedem Landkreis neu erfunden werden. So können zum Beispiel Kooperationsverträge geschlossen werden. Mit mehr Kooperation vor Ort und dem Ansatz einer One-Stop-Agency, also einem Anlaufpunkt für die jungen Menschen, können schon bald die ersten Jugendberufsagenturen vor Ort eingerichtet werden - wenn es denn gewollt ist.

Deshalb wünsche ich mir, dass wir hier gemeinsam - Land, Kommunen und Bundesagentur - in einen Dialog treten und die Idee der Jugendberufsagenturen weiter nach vorn tragen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir müssen dafür sorgen, dass alle staatlichen Akteure im Sinne der Jugendlichen zusammenkommen. Lassen sie uns anfangen und erfolgreiche Ansätze weiter ausbauen. Denn junge Menschen brauchen keine hundert Wegweiser oder einen Behördenschwengel. Sie brauchen niedrigschwellige, gebündelte Angebote, aktiven Support und Hilfen aus einer Hand - und wenn nötig, natürlich auch den Passierschein A 38.

(Beifall SPD und Sven Krumbek [PIRATEN])

Ich bitte darum, den Bericht der Landesregierung federführend in den Wirtschaftsausschuss und mitberatend in den Bildungsausschuss zu überweisen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Hans Hinrich Neve das Wort.

Hans Hinrich Neve [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unser Ziel muss es sein, jungen Menschen den **Übergang** von **Schule in Ausbildung** und von der Ausbildung in den **Beruf** zu erleichtern. Gerade einen Beruf zu erlernen und eine zufriedenstellende Arbeit zu finden, ist von hoher Bedeutung für die junge Generation. Ihr Leben selbstverantwortlich gestalten - das wollen und das sollen auch viele. Leider aber klappt der direkte Übergang von Schule in Ausbildung nicht immer. Genauso gehen uns im nächsten Abschnitt von Ausbildung zum Beruf einige verloren. Das darf nicht sein.

Für die CDU-Fraktion ist die Bündelung unterschiedlicher Beratungsdienste unter dem Dach der **Jugendberufsagenturen** ein guter Weg, um das Beratungsangebot für die Schulabsolventen effektiver und insgesamt den Prozess auch verwaltungseitig wirtschaftlicher zu gestalten. Die Jugendberufsagentur ist nicht nur sozial- und arbeitsmarktpolitisch ein wichtiger Weg, es darf uns auf dem Weg ins Berufsleben keiner verloren gehen, es darf auch keiner vergessen werden.

(Beifall CDU, FDP und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Danke schön.

Ökonomisch betrachtet wird es zunehmend wichtig, dass der Industrie- und Wirtschaftsstandort Deutschland als rohstoffarmes Land, das wir nun einmal sind, das humane Kapital, das wir haben, möglichst umfassend und damit auch zum Wohle aller Menschen ausschöpft.

(Beifall CDU)

Deshalb ist es aus meiner Sicht für Schleswig-Holstein noch viel wichtiger, schon heute die Strukturen dafür zu schaffen, unser Land mittel- und langfristig zukunftsfähig zu machen. Alle vorhandenen Erwerbspotenziale müssen umfassend ausgeschöpft werden. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels gewinnt dieser Aspekt noch mehr an Bedeutung.

Meine Damen und Herren, in der Sache sind wir grundsätzlich einer Meinung. Es gibt zwar schon heute eine ganze Anzahl von **Hilfsangeboten** von vielen Beteiligten, jedes Angebot für sich ist auch sehr sinnvoll, und trotzdem ist es am Ende sehr **un-**

(Hans Hinrich Neve)

übersichtlich, wenig miteinander verzahnt und auch für die Jugendlichen manchmal schwer zu durchblicken.

Wenn Schwierigkeiten wie mangelnde Schulleistungen, persönliche oder familiäre Probleme zusammenkommen, haben die Hilfesuchenden die Wahl zwischen mindestens vier verschiedenen Stellen, bei denen sie Hilfe finden - oder auch nicht -, je nach Rechtslage, wer gerade zuständig ist. Aber alle vier Institutionen arbeiten nach eigenen Regeln, für jeweils eigene Zielgruppen und an unterschiedlichen Orten. Schon dadurch ist Frust und zum Teil auch Nicht-Wiederkommen vorprogrammiert. Das darf nicht sein.

Jugendberufsagenturen können also dazu beitragen, dass jungen Menschen ein erfolgreicher Übergang von Schule in eine Ausbildung und von einer Ausbildung in eine berufliche Tätigkeit gelingt. Die Idee der Jugendberufsagenturen ist nicht neu. Die Grundidee stammt von Unternehmern aus dem **Hamburger Netzwerk der Initiative für Beschäftigung**. In Kooperation von mittlerweile über 70 Unternehmen in der Metropolregion Hamburg wurde vor 15 Jahren der Grundstein für das heutige Modell gelegt. Die Berufsorientierung an Schulen zu verbessern sowie die Übergänge in eine ungeforderte betriebliche Ausbildung direkt im Anschluss an den Abschluss zu erhöhen, den Einstieg in das Berufsleben zu erleichtern und die Chancen junger Menschen am Arbeitsmarkt und damit auf ein eigenverantwortliches Leben zu verbessern, war der Antrieb der Hamburger Unternehmer. Profitiert haben Handel, Handwerk, Gewerbe und Industrie, weil sie im Anschluss an die Ausbildung über gut ausgebildete Fachkräfte verfügten.

In unseren Kreisen und kreisfreien Städten müssen die Arbeitsagentur und das Jobcenter sowie die Schulämter und Jugendämter rechtskreisübergreifend miteinander zusammenarbeiten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den jeweiligen Kommunen müssen vor Ort und unter einem Dach dafür sorgen, dass alle Jugendlichen auch wissen, wohin ihre berufliche Reise geht. Aus den Jugendämtern kennen wir verschiedene Modelle, verschiedene Verfahren, wie man **rechtskreisübergreifende Fallkonferenzen** macht, wie man abgestimmt vorgeht. Diese sind teilweise erfolgreich, teilweise geht es auch so weit, dass dort, wo Einladungen ausgesprochen werden, auch von den Jugendämtern Hausbesuche mit anderen erfolgen, um keinen verloren gehen zu lassen. Das ist aber ein Fullservice der staatlichen Stellen, der nicht überall üblich ist,

aber den man auch durchaus hier mit in Betracht ziehen kann.

Die Jugendberufsagenturen sollen sowohl den einzelnen Abiturienten beraten, als auch Jugendliche mit schwierigen Voraussetzungen beim Sprung von Schule in die Ausbildung unterstützen. Aber für uns ist nicht nur wichtig, dass nur die staatlichen Stellen ihre Dienste bündeln, der Schulterchluss muss auch mit den Wirtschaftsverbänden und den Gewerkschaften erfolgen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie langsam zum Schluss.

Hans Hinrich Neve [CDU]:

Wir möchten den Bericht der Landesregierung, für den ich Ihnen, Herr Minister, noch einmal ganz herzlich danke, dem Ausschuss überweisen, um insbesondere die detaillierte Ausgestaltung der Jugendberufsagenturen zu besprechen. Es wurde schon gesagt, dass das Hamburger Modell nicht eins zu eins übertragbar ist. Insofern sind hier noch einige Fragen zu klären, die wir gemeinsam im Ausschuss behandeln wollen. Aber wir wissen, dass der Teufel im Detail steckt. Wir sehen auch, dass Jugendliche hier im Land drei Ministerien zugeordnet sind, das ist das Sozialministerium, das Bildungsministerium und das Wirtschaftsministerium. Hier muss ich leider feststellen, egal von welcher Couleur die Regierung gerade ist, -

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Nichts mehr feststellen, formulieren Sie bitte einen Schlusssatz!

Hans Hinrich Neve [CDU]:

- dass die Apparate und die Ministerien nicht gut zusammenarbeiten. Auch hieran müssen wir arbeiten, dass hier mehr miteinander gesprochen wird. - Ich danke für die Aufmerksamkeit und bitte um Ausschussüberweisung.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Ines Strehlau das Wort.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass Bewegung in den Übergang von Schule zu Beruf hineinkommt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist auch bitter nötig. Wir haben zwar keine Jugendarbeitslosigkeit wie in Südeuropa, aber trotzdem können wir uns nicht zurücklehnen - im Gegenteil. Die aktuellen Zahlen sind besorgniserregend und unterstreichen den **Handlungsbedarf** auch in Schleswig-Holstein. Das Bundesinstitut für berufliche Bildung hat für das laufende Ausbildungsjahr festgestellt, dass zum Start des Ausbildungsjahres in Schleswig-Holstein mehr als 1.200 Ausbildungsstellen weniger angeboten wurden als im Vorjahr. Das ist ein Rückgang um 5,7 %. Bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen gibt es ein ähnliches Bild. Bei der Ausbildungsplatznachfrage jedoch haben wir nur ein Minus von gut 550 Jugendlichen.

Erschreckend finde ich den Anstieg der Zahlen der unversorgten Bewerberinnen und Bewerber. Hier ist die Zahl um 22,4 % auf mehr als 3.600 Jugendliche angestiegen. Hinzu kommen bei uns die etwa 6.500 Jugendlichen in Übergangsmaßnahmen an den Beruflichen Schulen oder bei den Weiterbildungsträgern. Das heißt: Gut ein Drittel aller jugendlichen Schulabgängerinnen und Schulabgänger gehen nicht direkt in eine Ausbildung. Das ist eindeutig zu viel.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Martin Habersaat [SPD])

Diese Zahlen zeigen für mich zwei Dinge: Erstens. Wir als Land müssen gemeinsam mit der Wirtschaft daran arbeiten, wieder **mehr Ausbildungsplätze** zur Verfügung zu stellen. Zweitens. Wir brauchen eine Koordinierung, ein **gemeinsames Konzept** aller Beteiligten und eine enge Zusammenarbeit, um mehr Jugendliche direkt in Ausbildung zu bringen.

Damit sind wir beim Bericht der Landesregierung zur Einrichtung von **Jugendberufsagenturen**. Vielen Dank an die Ministerien für die Erstellung. Jugendberufsagenturen haben genau diese enge Zusammenarbeit über Rechtskreise hinweg, also über die Sozialgesetzbücher hinweg zum Ziel. Sie sind ein gutes Instrument, um einen guten Start in das Berufsleben zu unterstützen. Die Jugendlichen stehen im Zentrum. Die verantwortlichen Institutionen wie Jobcenter, Agentur für Arbeit, die Stadt und die Schulen arbeiten unter einem Dach zusammen, um

ihnen die bestmögliche Unterstützung beim Übergang von der Schule in den Beruf zu gewähren. Dazu gehören auch eine Begleitung schon in den letzten Jahren an den allgemeinbildenden Schulen und eine intensivere Berufsorientierung.

In Hamburg sind die ersten Erfolge da, Tobias von Pein hat schon die Steigerung von 25 auf 39 % der Schulabgängerinnen und Schulabgänger genannt, die direkt im Anschluss an die Schule eine Ausbildung begonnen haben.

Die Idee der Jugendberufsagentur nimmt auch in Schleswig-Holstein Fahrt auf, verstärkt sicherlich durch das Ziel im Koalitionsvertrag der Großen Koalition, flächendeckend Jugendberufsagenturen einzurichten.

Der Bericht zeigt, dass es auch in Schleswig-Holstein bereits in vielen Städten und Kreisen eine Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure gibt, auch rechtskreisübergreifend. Auch die Agentur für Arbeit, die wir unbedingt brauchen, bringt sich vor Ort ein. All das macht Mut, und wir sollten dies als Land unbedingt weiter voranbringen.

Die Landesregierung hat sich auch auf den Weg gemacht.

(Zurufe CDU: Das sieht man! Sie ist weg! - Weitere Heiterkeit und Zurufe)

- Der Minister ist da.

In dem vorliegenden Bericht und in der interministeriellen Arbeitsgruppe zum Übergang junger Menschen von der Schule in die Ausbildung oder die Arbeit wird die **rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit** als Ziel definiert und ein **Konzept** dargestellt. Dazu gibt es Arbeitsgruppen mit Ministerien, Kommunen, Wirtschaft und der Agentur für Arbeit, die den landesweiten Rahmen entwickeln. Die Umsetzung vor Ort soll in den Regionen erfolgen. Auch dort gibt es koordinierende Arbeitsgruppen.

Die Landesregierung muss den Schwung, den das Konzept der Jugendberufsagentur im Land ausgelöst hat, für die Umsetzung in den Regionen nutzen und sich vor Ort unterstützend einbringen. Es gibt schon viele Initiativen zu intensiver, teilweise auch schon rechtskreisübergreifender, Zusammenarbeit. Unser Ziel muss es sein, dass Jugendliche landesweit die gleichen Chancen haben, dass flächendeckend eine rechtskreisübergreifende Kooperation in der Region installiert wird, eine Anlaufstelle für die Jugendlichen - egal ob sie Familienhilfe oder Unterstützung nach SGB II bekommen oder ob für sie die Agentur für Arbeit zuständig ist.

(Ines Strehlau)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es ist volkswirtschaftlich, aber in erster Linie für die Jugendlichen selbst, wichtig, dass mehr Jugendliche direkt in die Ausbildung gehen und nicht in berufsvorbereitende Maßnahmen.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN und Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Jugendberufsagentur ist kein Allheilmittel. Unser Übergangssystem von Schule in Beruf muss insgesamt weiterentwickelt werden. Aber sie gewährleistet, dass kein Jugendlicher auf dem Weg von den allgemeinbildenden Schulen in den Beruf verloren geht.

Die Landesregierung hat sich mit ihrem Konzept auf den Weg gemacht. Das unterstützen wir sehr und bleiben am Ball.

Ich bitte um Überweisung - wir haben uns noch einmal kurzgeschlossen - in den Bildungsausschuss und in den Wirtschaftsausschuss, federführend in den Bildungsausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, bitte begrüßen Sie mit mir Schülerinnen und Schüler der Regionalschule Plön, der Beruflichen Schule in Husum und Redaktionsmitglieder der Schülerzeitung „Pressident“ des Theodor-Heuss-Gymnasiums in Pinneberg. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Christopher Vogt das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich danke ganz herzlich dem Minister und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den Bericht. Ich möchte erneut betonen, dass meine Fraktion das hamburgische oder das rheinland-pfälzische Modell der **Jugendberufsagenturen** für ein hochinteressantes Modell hält. Deswegen ist es auch richtig, die Übertragbarkeit dieser Idee auf unser Flächenland zu prüfen.

Es leuchtet wohl jedem ein, dass es Sinn machen sollte, wenn Jugendliche vor beziehungsweise wäh-

rend ihres Einstiegs in das Berufsleben koordinierte Beratung und Hilfe unter einem Dach finden können. Dies könnte zumindest teilweise auch Kräfte in Schleswig-Holstein bündeln, Doppelstrukturen vermeiden und würde für die Beteiligten eine neue Form der Übersichtlichkeit schaffen. Es muss jedoch auch allen Beteiligten klar sein - ich glaube aber, das ist in der Debatte deutlich geworden -, dass dies für Schleswig-Holstein ein sehr langer und wohl auch steiniger Weg werden könnte, denn schließlich unterscheiden sich die bisherigen und auch zukünftigen Strukturen in einem Flächenland deutlich von den Strukturen in einem Stadtstaat wie Hamburg.

Meine Damen und Herren, nun muss man auch - ich möchte die gute Stimmung nicht kaputt machen - feststellen, dass der vom Landtag an die Landesregierung gerichtete **konkrete Prüfauftrag**, ob und inwiefern das in Hamburg eingeführte Modell der Jugendberufsagentur auf unser Flächenland übertragen werden könnte, ausweislich des Berichts nicht erfüllt wurde und vermutlich auch tatsächlich nicht erfüllt werden konnte.

Dies ist angesichts der bisherigen, doch recht überschaubaren Erfahrungen, die die **Hamburger** seit **Ende 2012** damit sammeln konnten, auch nicht wirklich überraschend. Ich finde das nichtsdestotrotz bemerkenswert, denn im September 2012 wurde das in Hamburg eingeführt, im Mai 2012 haben Sie den Bericht zum Ende des Jahres beantragt. Ich bin schon davon ausgegangen, dass - wenn die Koalitionsfraktionen so etwas beantragen - die Landesregierung uns etwas vorlegen kann, auf dem man richtig aufbauen kann. Das ist aus meiner Sicht leider nicht erfüllt. Ich hoffe, dies war kein bestellter Bericht vonseiten der Koalitionsfraktionen, sondern ein ernsthafter Prüfauftrag an die Landesregierung. Sonst wäre das sehr bedenklich. Man kann da leicht von „Dialog-Versagen“ sprechen. Das wäre an dieser Stelle auch nichts Neues. Ich muss mich doch wundern, dass wir dies hier so ausführlich debattieren, denn das hätte man auch im Ausschuss beraten können.

Sei es drum, immerhin kann der Bericht die Grundlage für den Beginn einer Diskussion zu einem wichtigen Thema sein und zumindest einen Überblick über die bisherigen Konzepte und Strukturen geben.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Vogt, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten von Pein?

Christopher Vogt [FDP]:

Ja.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Tobias von Pein [SPD]: Ja, lieber Herr Kollege, haben Sie zur Kenntnis genommen, dass in dem Bericht der Landesregierung erwähnt wurde, dass aufgrund der noch nicht abgeschlossenen Evaluation in Hamburg, die ja gerade erst durchgeführt wird, die Landesregierung in ihrem Bericht auf die Frage der Übertragbarkeit auf das Flächenland Schleswig-Holstein noch keinen Bezug nehmen konnte?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das hat er gerade gesagt!)

Christopher Vogt [FDP]:

Das habe ich schon angemerkt, dass das offensichtlich noch nicht möglich war. Deswegen habe ich mich nur gewundert, warum man vorher nicht miteinander kommuniziert hat, und deswegen sprach ich von einem offenkundigen „Dialog-Versagen“ bei der Koalition.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Die Vorlage wird im Ausschuss noch weiter beraten werden. Ich möchte vorschlagen, dass wir in einem Jahr noch einmal vom Minister den Auftrag erfüllt bekommen, den wir hier im Mai beschlossen haben. In einem Jahr wäre es vielleicht möglich, deutlich konkretere Aussagen zu machen.

Meine Damen und Herren - das wurde schon angesprochen -, die neuesten Statistiken zeigen, dass wir in Deutschland - trotz der leider immer noch sehr hohen strukturellen Jugendarbeitslosigkeit in Ostdeutschland - die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit und nach Österreich in der EU sogar die zweitniedrigste Arbeitslosenquote insgesamt haben. Das ist zwar einerseits irgendwie eine gute Nachricht, aber andererseits darf es niemanden dazu verleiten, sich zurückzulehnen. Denn angesichts der derzeitigen wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Probleme unserer Nachbarländer sollte das nicht der

Maßstab sein, sondern das muss man in Relation zueinander bewerten.

Meine Damen und Herren, wenn man sich derzeit einmal den „jungen“ Arbeitsmarkt Schleswig-Holsteins anschaut, sind aus meiner Sicht vor allem zwei Entwicklungen zu beobachten, an denen sich die Arbeitsmarktpolitik orientieren oder sich darauf ausrichten sollte.

Das eine ist natürlich der Niederschlag des demografischen Wandels auch im „jungen“ Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein. Eigentlich ist dies sogar noch nicht einmal der **demografische Wandel** in Schleswig-Holstein, sondern derjenige in Mecklenburg-Vorpommern. In den letzten 20 Jahren sind viele junge Menschen aus Mecklenburg-Vorpommern auf den schleswig-holsteinischen Arbeitsmarkt gekommen. - Ja, Herr Minister, das ist doch so. Weil der Zuzug an Bewerbern nicht mehr da ist, führte dies dazu, dass nun schon mehrmals in Folge deutlich mehr Ausbildungsplätze als Bewerber vorhanden waren.

Das führt zur zweiten Entwicklung, die uns an dieser Stelle Sorgen bereiten sollte, nämlich dass es immer noch viel zu viele Bewerber gibt, die trotz dieser guten Lage keinen Ausbildungsplatz finden, oftmals, weil sie gar nicht die Voraussetzungen für einen Ausbildungsplatz mitbringen, weil sie Probleme haben. Ich glaube, da muss die Politik ansetzen. Es darf in der Tat niemand zurückgelassen werden, wie der Minister richtig gesagt hat. Da muss man den jungen Menschen mehr unter die Arme greifen.

Jugendberufsagenturen könnten hier ein richtiger Weg sein, dass man das stärker koordiniert, dass man bessere Anlaufstellen hat. Es gibt viele Ansätze, es gibt viel Zusammenarbeit, viel mehr, als dies noch vor einigen Jahren der Fall war. Aber auf der anderen Seite ist es immer noch nicht genug.

Daher bin auch ich der Meinung - so wie die Kolleginnen und Kollegen -, dies wäre ein gutes Modell. Ich hoffe, dass wir in einem Jahr von der Landesregierung fundiertere Unterlagen bekommen, auf deren Grundlage wir uns dann weiter unterhalten können. - Ich danke Ihnen ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion der PIRATEN hat jetzt Herr Abgeordneter Sven Krumbeck das Wort.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute zum zweiten Mal über die **Jugendberufsagenturen**. Grundlage ist der vorliegende Bericht, für den ich mich beim federführenden Wirtschaftsminister und bei seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr herzlich bedanke. Sie haben einen ausführlichen und informativen Bericht vorgelegt, somit haben Sie eine gute Beratungsgrundlage für uns geschaffen.

Besonders gut finde ich die ausführliche Darstellung der unterschiedlichen **regionalen Ansätze**. Vieles ist vor Ort erfolgreich und verdient unsere Anerkennung und unseren Respekt. Beides möchte ich den Akteurinnen und Akteuren in den einzelnen Landesteilen und Wirkungsstätten an dieser Stelle auch ausdrücken.

Bereits im Jahr 2007 haben sich das Arbeits- und das Bildungsministerium mit der Agentur für Arbeit zusammengetan, um präventive und flankierende arbeitsmarkt- und bildungspolitische Maßnahmen zu ergreifen - gegen Jugendarbeitslosigkeit und für gezielte Ausbildungsreife und Beschäftigungstätigkeit bei Jugendlichen. Der vorliegende Bericht beschreibt sehr genau die Zielgruppe und erläutert das „**Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt**“. Ich denke, darüber herrscht hier auch Einvernehmen. Es gibt niemanden, der die bereits laufenden Maßnahmen nicht ausdrücklich positiv bewerten wird.

Daher ist es ebenfalls zu begrüßen, dass die Europäische Union, das Land und die regionalen Träger von 2007 bis 2013 rund 56 Millionen € in dieses Handlungsfeld investiert haben und dass diese Förderung mit der Fortschreibung des derzeitigen Förderprogramms von 2014 bis 2020 weitergehen wird. Konkret bedeutet das für mich, dass man es weiterhin für sinnvoll hält, bisher geschaffene und erfolgreich arbeitende Strukturen der Zusammenarbeit aufzubauen und auf dieser Basis weiterzuarbeiten.

Ich interpretiere den Bericht an dieser Stelle so, dass nicht zwanghaft etwas Neues von oben dekretiert werden soll, sondern dass auch das Vertrauen in die bereits geschaffenen Strukturen groß und belastbar ist. Die Potenziale, die sich finden, werden auf Seite 20 des Berichts ja auch hervorgehoben.

Stutzig werde ich als PIRAT natürlich genau auf dieser Seite, auf der es heißt:

„Zum Gelingen der dauerhaften Eingliederung ist ein automatisierter Datenaustausch

zwischen den allgemeinbildenden Schulen, Förderzentren, den Regionalen Berufsbildungszentren/berufsbildenden Schulen und den Arbeitsagenturen beziehungsweise den Jobcentern eine unabdingbare Voraussetzung.“

Ich will nicht sagen, dass das dem Grunde nach nicht sinnvoll ist. Dennoch werde ich mir im Ausschuss gern noch einmal erklären lassen, wie dieser **Datenaustausch** konkret aussehen soll. Denn mit dem Hinweis auf die „aufsuchende Sozialarbeit“ auf Seite 20, Absatz 4 machen Sie unter Datenschutzaspekten ein Fass auf, das wir auf jeden Fall sehr sensibel behandeln wollen.

(Beifall PIRATEN)

Sofern sich nämlich die öffentliche Jugendhilfe, also die Jugendämter oder die regionalen Jugendhilfeeinrichtungen, an Steuerungsplänen und Arbeitstreffen beteiligen und mit anderen Akteuren zusammenarbeiten soll, kann und darf Datenaustausch immer nur einzelfallbezogen und mit Information und Zustimmung der Betroffenen stattfinden. Datenaustausch darf und kann an dieser Stelle nicht grundsätzlich und standardisiert vorgenommen werden. Darauf werden die PIRATEN sehr genau achten und die rechtlichen Grundlagen immer wieder hinterfragen.

Der Bericht macht auch deutlich, dass es aufgrund der **unterschiedlichen regionalen Lösungen** keine standardisierten Strukturen gibt. Auch die Furcht der Kommunen wird angesprochen, formale Vereinbarungen abzuschließen, weil die Furcht im Raume steht, dass man damit finanzielle Verpflichtungen eingehen würde. Das ist den Erfahrungen geschuldet, die die Kommunen in dem Sinne gemacht haben, dass die Regierung Kosten immer dann verneint, wenn andere sie tragen müssen.

Trotz dieser Bedenken soll es laut Bericht das Ziel sein, trotz aller regionalen Unterschiede für alle Jugendlichen die gleichen Voraussetzungen und Betreuungsmöglichkeiten sicherzustellen und damit landesweit gleichwertige Verhältnisse zu schaffen. Das alles finde ich im Grundsatz gut. Vor allem der Grundsatz Ausbildung vor Maßnahmen überzeugt mich. Allerdings denke ich, dass der Bericht noch genügend Stoff für eine fruchtbare Diskussion in den beteiligten Ausschüssen liefert. Darauf freue ich mich und bedanke mich an dieser Stelle. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat Frau Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Vielen Dank. - Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wie Sie sicherlich wissen, haben wir von SSW, Grünen und SPD uns zum Ziel gesetzt, durch unsere Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik möglichst alle Menschen mitzunehmen. Das heißt, wir wollen alles tun, um vor allem jungen Leuten die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben, auf gute Bildung und ein selbst erzielt Einkommen zu geben. Keiner soll verloren gehen oder zurückgelassen werden.

Dieses Ziel ist und bleibt hochaktuell; denn die Zahl der Schulabbrecher und die Zahl der jungen Menschen ohne Ausbildungsplatz ist hierzulande nach wie vor zu hoch. 7,5 % sind zu viel. Wer ehrlich ist, wird zugeben müssen, dass auch hierzulande die Ansätze zur **Vermeidung von Jugendberufslosigkeit** nicht immer das Gelbe vom Ei sind. Nach Auffassung des SSW tun wir jedenfalls gut daran, wenn wir uns beim Thema Betreuung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen auch neuen Mitteln und Wegen öffnen.

(Beifall SSW)

Gerade an den wichtigen Nahtstellen zwischen Schule und Ausbildung beziehungsweise Ausbildung und Beruf gibt es aus unserer Sicht durchaus noch Verbesserungsbedarf. Denn zumindest nach meinem Eindruck werden bis heute viel zu viele Jugendliche und junge Erwachsene in irgendwelchen **Übergangssystemen** geparkt. Es ist kein Wunder, wenn diese Menschen nach einiger Zeit kaum noch Perspektiven für ihre Zukunft und ihr Leben sehen.

Natürlich mag die Situation der jungen Menschen unterschiedlich bewertet werden. Aber trotzdem hoffe ich, dass wir in dieser einen Sache gleicher Meinung sind: Grundsätzlich brauchen wir noch effektivere Instrumente und Maßnahmen, wenn es um die Begleitung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf dem Weg in Beruf und Ausbildung geht.

Beim Thema **Jugendberufsagentur** nach Hamburger Vorbild habe ich für meine Partei von Anfang an betont, dass wir hier ein sehr großes Potenzial für Schleswig-Holstein sehen. Das Ergebnis der von uns gewünschten und unvoreingenommenen Prüfung liegt seit einiger Zeit vor. Vielen Dank an das Wirtschaftsministerium für den Bericht.

Es ist keine große Überraschung, dass der vorliegende Bericht nicht zuletzt auf die erheblichen Unterschiede zwischen einer Stadt wie Hamburg und einem Flächenland wie Schleswig-Holstein abhebt. Diese Tatsache wird niemand von uns leugnen. Doch klar ist auch, dass die schlichte Eins-zu-eins-Kopie des **Hamburger Modells** nie das Ziel war. Umso mehr freut mich die Einschätzung der Landesregierung, nach der wir trotz struktureller Unterschiede einiges aus dem Hamburger Beispiel lernen können. Ich denke, der Bericht liefert an verschiedenen Stellen wertvolle Erkenntnisse. Natürlich wird auf den wichtigen Aspekt des Datenschutzes verwiesen, der in einem Flächenland aus gutem Grund eine kreisübergreifende Zusammenarbeit erschwert. Hier besteht ein erhebliches Hindernis für die Übertragung des Gesamtmodells.

Trotzdem wird eines am Hamburger Beispiel beeindruckend deutlich: Die möglichst **enge Vernetzung** und Zusammenarbeit der wirklich **relevanten Akteure** ist eindeutig im Interesse der jungen Menschen, die von Arbeits- und Perspektivlosigkeit bedroht sind. Es ist völlig einleuchtend, aber noch lange nicht selbstverständlich, dass Arbeitsverwaltung, Jugendhilfe, aber auch Wirtschaft und kommunale Akteure vor Ort im engen Austausch und gemeinsam im Sinne der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zusammenarbeiten. Deshalb sage ich, dass wir genau an diesem Punkt noch besser werden müssen.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Nicht nur das Hamburger Beispiel zeigt, dass **Kompetenzgerangel** und **Zuständigkeitsdenken** bei Behörden häufig kontraproduktiv werden. Wenn Sie mich fragen, dann sage ich Ihnen, dass wir uns solche Reibungsverluste beim wichtigen Thema der Betreuung und Aktivierung junger Menschen nicht leisten können.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund des demografischen Wandels können wir es uns nicht erlauben, diese jungen Menschen, die am Anfang ihres Berufsweges stehen, irgendwo im Dschungel der Zuständigkeit zu verlieren.

Ich denke, allen dürfte dabei eines klar sein: Wir müssen das Rad nicht neu erfinden. Wir haben vielerorts **gut funktionierende Strukturen**, an denen wir selbstverständlich festhalten wollen. In vielen Fällen arbeiten Arbeitsverwaltung und Jugendhilfe Hand in Hand. In vielen Regionen und in vielen Städten wird Jugendlichen und jungen Erwachsenen bereits nach dem Prinzip der Hilfe aus einer Hand geholfen, und zwar effektiv und zu ihrem

(Jette Waldinger-Thiering)

Vorteil. Aus Sicht des SSW sollten wir diese Strukturen so schnell wie möglich ausbauen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Beantragt wurde, den Bericht der Landesregierung in der Drucksache 18/1371 zur federführenden Beratung dem Wirtschaftsausschuss und zur Mitberatung dem Sozialausschuss und dem Bildungsausschuss zu überweisen.

(Zurufe)

- Ich sage es noch einmal, federführend soll hier nach der Wirtschaftsausschuss sein. Was wollt ihr jetzt? - Herr Ausschussvorsitzender, vielleicht können Sie helfen. - Jetzt hat nur Herr Vogt das Wort. Sprechen Sie bitte für alle.

Christopher Vogt [FDP]:

Ich versuche, das Gespräch aufzunehmen. Es ist sinnvoll, es zur federführenden Behandlung dem Bildungsausschuss und zur Mitberatung dem Wirtschafts- und dem Sozialausschuss zuzuleiten.

(Beifall)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ich sehe keinen Widerspruch. Wir werden das federführend dem Bildungsausschuss und zur Mitberatung dem Sozialausschuss und dem Wirtschaftsausschuss überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe? - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 36 auf:

Psychiatrieplanung in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/1518

Ich erteile der Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung, Frau Kristin Alheit das Wort.

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich freue mich, Ihnen den mit Beschluss von der 14. Tagung erbetenen Zwischenbericht heute vorstellen zu können. Dabei geht es um die bestehenden Angebote für Menschen mit psychischen Störungen und Behinderungen in unserem Land und vor allem um die Perspektiven und die Weiterentwicklung.

In dem Bericht finden Sie einleitend Erläuterungen zu den wesentlichen Rahmenbedingungen, auf die in der gebotenen Kürze bereits in der 14. Tagung eingegangen worden war.

Einerseits sind das Rahmendaten zur **Verbreitung von psychischen Störungen** sowie zu deren sozio-ökonomischer Bedeutung. Anders gesagt geht es darum, wie viele Menschen in welchen Lebenslagen von psychischen Störungen betroffen sind und welche weiteren Konsequenzen dies für die Betroffenen selbst und für die Gesellschaft insgesamt hat.

Andererseits wird beschrieben, an welchen **Leitlinien** sich Hilfen für psychisch kranke und behinderte Menschen in Schleswig-Holstein ausrichten. Dabei wird auch noch einmal Bezug genommen auf den Psychiatriebericht 2000 und die dort formulierten, sehr fortschrittlichen und qualitativen **Ansprüche an gute Versorgung**.

Drittens schließlich wird noch einmal dargelegt, mit welcher Pluralität an Akteuren - die haben Sie uns in Ihrem Antrag auch mitgegeben - wir uns in Schleswig-Holstein gegenübersehen und mit denen wir es zu tun haben. Das beinhaltet insbesondere auch die Steuerungsverantwortung auf dezentraler Ebene als eine der gewollten Folgen von sozialräumlicher Inklusion.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben uns zeitnah auf den Weg gemacht und eine Arbeitsgruppe Psychiatriebericht eingesetzt. Sie finden die Akteure auf Seite 6 des Berichtes. Ich finde, diese Liste dokumentiert sehr gut die breite Beteiligung von immerhin 19 institutionellen Akteuren. Ich glaube, diese decken die Bandbreite der Positionen und Interessen sehr gut ab, die wir bei der Weiterentwicklung der psychiatrischen Versorgung im Blick haben müssen.

Ich möchte an dieser Stelle gern die Gelegenheit nutzen und den beteiligten Akteuren und den ganz konkret handelnden Personen für ihre Bereitschaft, sich in diesen Prozess einzubringen, ganz herzlich danken.

(Ministerin Kristin Alheit)

(Beifall)

Die Akteure haben - wir haben dies in dem Bericht dokumentiert - spezifische Sichtweisen formuliert. Die Breite der Akteure macht dies deutlich; ich habe eben darauf hingewiesen. Zugleich konnte aber eine ganze Reihe von übereinstimmenden thematischen Berichtsschwerpunkten identifiziert werden, die wir festgehalten haben.

In der Arbeitsgruppe war Konsens, dass in einem weiteren Schritt eine nach den dargelegten Schwerpunkten strukturierte Bestandsaufnahme erarbeitet werden soll. Dazu finden Sie in geraffter Form einen Fragenkatalog im Bericht, der als nächstes konkretisiert und mit entsprechenden Daten unterlegt werden wird.

Damit bin ich auch schon bei einem kurzen Ausblick auf das jetzt anstehende weitere Verfahren. Wir werden auf der Grundlage der zu erstellenden Bestandsaufnahme mit den Mitwirkenden in der **AG Psychiatriebericht** über zu ziehende Konsequenzen zu diskutieren haben. Dabei soll auch die ergänzende **Expertise von weiteren Fachleuten** eine Rolle spielen. Wir werden gucken müssen, wen wir noch dazu brauchen und welche Fokusgruppen wir noch brauchen, um einen besonders guten Bericht vorzulegen und besonders qualifiziert zu diskutieren. Wir wollen situationsgenaue Ergänzungen und Fortschreibungen der bestehenden Versorgungsstrukturen formulieren und damit eine gute Grundlage für den vom Landtag erbetenen Psychiatriebericht schaffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich denke, es ist auch in der Beratung, die wir im August hatten, deutlich geworden - wir alle sind uns einig -: Die bedarfsgerechte Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen oder Behinderungen hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen, auch in der gesellschaftlichen Wahrnehmung. Ich finde dies gut und richtig so. Eine Enttabuisierung von psychischen Belastungen ist eine ganz wichtige Entlastung für die Betroffenen selbst. Sie ist zugleich - darauf möchte ich an dieser Stelle zum Abschluss hinweisen - eine ganz wichtige Voraussetzung dafür, im Bereich der Prävention noch stärker zu werden; denn das ist nach meiner festen Überzeugung für die Zukunft ein ganz wichtiger Schwerpunkt. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Ministerin, für Ihren Bericht. Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Bernd Heinemann von der SPD-Fraktion das Wort.

Bernd Heinemann [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sechs Monate Wartezeit auf Psychotherapie, Anpassungen an die UN-Behindertenrechtskonvention, Herausforderungen in der gerontopsychiatrischen Versorgung, Zielaussagen für offene Hilfen, gemeindenahе und kreisübergreifende Koordinierungen und, und, und. Es ist wirklich viel zu tun in der Psychiatriepolitik. Den **Psychiatrieplan 2000** wollten wir deshalb gemeinsam mit den betroffenen Akteuren schon nach zehn Jahren fortschreiben. Einen ausführlichen Antrag der SPD-Fraktion haben wir 2010 im Ausschuss dreimal beraten. Wir haben in schriftlichen Anhörungen mehr als 270 Anregungen für eine Fortschreibung erhalten, ohne die bestehende Kommunalverantwortung insgesamt infrage zu stellen.

Wir wollten diese Anregungen in einer mündlichen Anhörung vertiefen. Die Vorgänger der jetzigen schwarz-gelben Opposition haben es vorgezogen, die bekannten drei Affen nach dem japanischen Sprichwort zu imitieren: Sie wollten nichts sehen, sie wollten nichts hören, und sie wollten auch nichts sagen. - Das haben Ihnen damals offensichtlich auch alle beteiligten Betroffenen und auch die Wähler übel genommen.

Wir aber gehen unseren Weg der Politikgestaltung jetzt weiter, und dieser Weg heißt Dialog, auch in der Gesundheitspolitik. Dieser Weg ist der richtige, und er funktioniert hervorragend.

Die Expertinnen und Experten mit ihren vielen Vorschlägen, die die heutige Opposition 2010 nicht hören wollte, hat die Sozialministerin gleich von vornherein mit an den Tisch geholt. Die Entwürfe werden schon vor der parlamentarischen Diskussion am Hilfe- und Präventionsbedarf aus der Praxis und für die Praxis entwickelt. Das ist wahrlich ein neuer Politikstil.

Meine Damen und Herren, worum geht es? - Über 700.000 Menschen haben mindestens einmal im Jahr eine **psychische Störung**, die medizinischen Diagnosekriterien entspricht. Jeder dritte Erwachsene ist im Laufe des Lebens von psychischen Störungen betroffen. Psychische Störungen erhöhen zudem erheblich das Risiko weiterer somatischer Erkrankungen. Dies ist ein zusätzlicher Grund da-

(Bernd Heinemann)

für, dass diese eine der **Hauptursachen für langfristige Behinderungen** sind.

Die Auswirkungen sind aber nicht nur gesundheitlicher Natur. Die **volkswirtschaftlichen Folgen** psychischer Erkrankungen sind kaum bezifferbar, die Zahl von 3 bis 4 % des Bruttoinlandsproduktes, die die EU-Kommission 2005 genannt hat, halte ich angesichts von steigenden Fallzahlen noch für zu niedrig angesetzt.

Da lohnen nicht nur die Prävention und ein stabiles Hilfesystem, nein, wir sind es den Betroffenen auch schuldig, und das System sollte in allen Landesteilen gleich gut sein. Angesichts der überragenden Problematik psychischer Störungen benötigen wir ein gutes **Präventionskonzept**.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Womit wird sich das Aktionsteam unserer Ministerin befassen? - Zunächst benötigen wir **Fakten**, deren Struktur der Bericht wunderbar darstellt. Einige habe ich bereits genannt, aber viele weitere werden sich aus der gemeinsamen Arbeit mit den Verbänden noch ergeben. Daraus können dann in der Arbeitsgruppe zusammen mit der kommunalen Familie Konzepte entwickelt werden, die von Prävention über Sicherheit in der Forensik, Inklusions- und Sozialraumorientierung oder Standards der Hilfeplanung bis zur Synchronisation von Krankenhaus- und Psychiatriepartnern reichen werden.

Wir Sozialdemokraten rechnen in Zukunft mit einer spezialisierten Gesundheitsberichterstattung, auf deren Basis sich weitere und noch bessere politische Entscheidungen für die Zukunft der psychischen Belastungen ergeben. Damit unterstützen wir nicht nur die Arbeitskreise gemeindenaher Psychiatrie vor Ort, sondern wir bieten ein Grundgerüst und Regelwerk für gelingende Hilfen und Einbindungen auf diesem Gebiet.

Schon 2011 hat der Landkreistag, sicher kein Landesplanerischer Ambitionen, einen deutlichen Handlungsbedarf gesehen. Er hielt es - ich zitiere -

„für angezeigt, die psychiatrischen Versorgungskonzepte regelmäßig fortzuschreiben, abzugleichen und zu koordinieren“.

Das sah damals auch der Städteverband ähnlich. Dies tun wir jetzt endlich auch, meine Damen und Herren.

Wie geht es weiter? - Das Vorgehen werden wir nun Schritt für Schritt im Sozial- und Gesundheitsausschuss begleiten. Die Erfolge werden wir dann

teilen mit den Arbeitskreisen vor Ort, mit den Menschen, für die gute psychiatrische und psychosomatische Grundversorgung ein überlebenswichtiger Halt ist.

Ich beantrage die Überweisung in den Sozial- und Gesundheitsausschuss und danke Ihnen allen schon jetzt dafür, dass Sie an einem Gelingen mitwirken. - Vielen Dank.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die CDU-Fraktion hat der Herr Kollege Karsten Jasper das Wort.

Karsten Jasper [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Grundsätzlich begrüßen wir diese Initiative, die durch den Bericht vorgestellt worden ist. Herzlichen Dank für diesen Bericht, Frau Ministerin. Dieser Bericht ist extrem kurz und umfasst nur 11 Seiten. Berichte müssen aber nicht immer sehr lang sein, sondern sie sollen aussagekräftig sein. Auf das Wesentliche will ich gleich noch einmal eingehen.

Zur Überschrift muss man vielleicht einmal etwas klarstellen. Es wird von einer **Psychiatrieplanung** gesprochen. Dies ist aber eigentlich mehr oder weniger ein Zwischenbericht, der die Aktivitäten des Ministeriums und der verschiedenen Akteure beschreibt.

Ich habe es bereits gesagt: Die CDU-Fraktion unterstützt das Anliegen, die Psychiatrieplanung weiterzuentwickeln und fortzuschreiben. Wir legen aber auch sehr viel Wert auf eine breite Beteiligung aller in diesem Feld tätigen Akteure. Die Ministerin hat bereits angekündigt, dass zukünftig noch weitere Akteure in dieses Verfahren eingebunden werden.

Der Bericht versteht sich als Beschreibung der **Hilfen für psychisch kranke und behinderte Menschen**. Dies fußt auf dem Psychiatrieplan 2000. Daraus entstanden Leitlinien, Empfehlungen und Darstellungen der Versorgungsstrukturen. Ziel war es in den vergangenen Jahren, bestimmte Aufgaben in den kommunalen beziehungsweise in den wohnortnahen Bereich überzuleiten. Das wird hier auch noch einmal beschrieben.

Im Grünbuch der EU 2005 ist festgestellt worden, dass die **Folgen psychischer Erkrankungen** fast 5 % des Bruttoinlandsprodukts ausmachen. Psychische Erkrankungen tragen im zunehmenden Maße zu Krankschreibungen bei und damit oftmals auch

(Karsten Jasper)

zu stationären Behandlungen, die zunehmend länger andauern. Psychische Erkrankungen erhöhen das Risiko, organisch krank zu werden. Dies betrifft koronare Herzerkrankungen, Schlaganfall und Diabetes. Nach Schätzungen der WHO werden im Jahr 2020 depressive Störungen die zweithäufigsten Erkrankungen sein.

Die CDU begrüßt, dass schon viele durch die Arbeitsgemeinschaft Psychiatrie in die Diskussion eingebunden worden sind. Das sind viele Akteure, die heute schon ihre Arbeit tun. Diese Arbeitsgruppe hat eine Themensammlung vorgenommen und das Verfahren abgestimmt.

Meine Damen und Herren, das Allerwichtigste für zukünftige Entscheidungen ist aus meiner Sicht immer, dass man zunächst einmal bestehende Strukturen analysiert. Was haben wir an Fachärzten und an Psychotherapeuten? Welche Strukturen haben wir in der ambulanten Versorgung? Welche Bereiche der stationären Versorgung haben wir im klinischen Bereich bei den Tageskliniken? Welche Modelle und Modellversuche gibt es im Bereich der klinischen Versorgung? Wie haben sich die Fälle seit dem Jahr 2000 entwickelt? Das hat auch mein Vordner Bernd Heinemann angesprochen. Außerdem müssen **Selbsthilfeeinrichtungen und bürgerschaftliches Engagement** berücksichtigt werden, aber auch Beschwerdestellen und Präventionsmaßnahmen.

Die Ziele der künftigen Arbeit müssen sein:

Erstens. Die **Versorgungsangebote** müssen erhoben werden. Zweitens. Die Ergebnisse müssen diskutiert und bewertet werden. Drittens. Gemeinsam mit Fachleuten müssen die Defizite herausgearbeitet und Vorschläge hierzu erarbeitet werden.

Das werden wir in den nächsten Monaten in die Wege leiten. Ich kann mir vorstellen, dass wir vielleicht noch etwas mehr Drive in den Zeitablauf hineinbekommen. Eigentlich bin ich da aber positiv gestimmt. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen ein schönes Wochenende.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Vor Beginn des Wochenendes gibt es aber noch mehrere Reden. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Kollegin Dr. Marret Bohn das Wort.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin mit dem Drive ganz zufrieden, die die Frau Ministerin an den Tag legt. Das einmal vorab.

Am 15. November 2009 kamen 40.000 Menschen in das Fußballstadion von Hannover 96. Aber nicht zum Lokalderby, sondern zu einer Trauerfeier. Sie werden sich bestimmt daran erinnern: Der Fußballprofi Robert Enke hatte sich wenige Tage zuvor das Leben genommen. Er litt unter Depressionen, was kaum jemand wusste.

Robert Enke hatte gemeinsam mit seiner Frau ein Kind adoptiert, engagierte sich für den Tierschutz und war ein von vielen bewundertes Fußballprofi, Torhüter der Fußballnationalmannschaft.

Kaum jemand wusste jedoch, dass Robert Enke unter schweren Depressionen litt. Nach seinem Tod standen für die Dauer eines Wimperschlages psychische Erkrankungen im Mittelpunkt des Interesses. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich finde, aus gesundheitspolitischer Sicht gehören sie auch dorthin.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Ich bedanke mich im Namen meiner Fraktion bei unserer Ministerin Kristin Alheit und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für diesen Bericht.

Die **Zahl der Menschen mit psychischen Erkrankungen** nimmt stetig zu. Knapp ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung - statistisch gesehen jeder Dritte von uns hier im Landtag - hatte einmal eine psychische Erkrankung und erfüllt die Diagnosekriterien. Wir haben also jetzt schon eine Unmenge von Patientinnen und Patienten, auf die wir uns einstellen müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit dem Jahr 2000 ist die Zahl der Krankschreibungen um 85 % angestiegen. Ich kenne keine andere Erkrankung, die in jüngster Zeit eine ähnliche Entwicklung an den Tag gelegt hat. Für uns Grüne steht ein Punkt ganz weit oben. Wir möchten die **Stigmatisierung psychischer Erkrankungen** beenden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Schleswig-Holstein sind die Angebote für Menschen mit psychischen Erkrankungen deutlich ausgeweitet worden. Das war das Ziel und ist die Folge des Psychiatrieplans 2000. Das ist gut, und das ist richtig.

(Dr. Marret Bohn)

Ich möchte drei Punkte herausgreifen, die mir persönlich ganz besonders wichtig sind, wenn es um psychische Erkrankungen geht.

Der ersten Punkt ist die **Prävention**. Psychische Erkrankungen zu behandeln, ist gut. Die seelische Gesundheit zu erhalten, ist jedoch viel besser. Wenn die Hinweise auf Burn-out **durch Arbeit** immer mehr zunehmen, dann müssen wir uns ganz genau ansehen, wie die Arbeitsbedingungen gestaltet sind und wie wir dazu beitragen können, dass die Arbeitsbedingungen verbessert werden, damit nicht so viele Leute unter psychischen Erkrankungen leiden müssen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Zweitens möchte ich die **Regionalen Psychriatriebudgets** nennen. Wir haben in Schleswig-Holstein ein gesundheitspolitisches Leuchtturmprojekt, das bundesweit für Aufmerksamkeit sorgt. Im Kreis Steinburg hat Professor Deister das erste Regionale Psychriatriebudget auf den Weg gebracht.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Ambulante, tagesklinische und stationäre Behandlung laufen hier Hand in Hand. Ich hoffe, diesem Beispiel werden noch viele Kreise in Schleswig-Holstein folgen. Ich bin davon überzeugt, dass das ein guter Weg für die Patientinnen und Patienten ist.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der dritte Punkt bezieht sich auf **Tageskliniken für Psychiatrie und Psychosomatik**. Wir haben im vergangenen Jahr bei der Verteilung der zusätzlichen Zensusmittel den Neubau von Tageskliniken mit 5,5 Millionen € berücksichtigen können. Dafür möchte ich mich als gesundheitspolitische Sprecherin der grünen Fraktion noch einmal ausdrücklich bei allen Kolleginnen und Kollegen von SPD, SSW und Grünen bedanken. Aus meiner Sicht ist das ein rot-grün-blauer Meilenstein für eine bessere wohnortnahe Versorgung.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, psychische Erkrankungen sind ein wichtiges gesundheitspolitisches Thema. Wir brauchen gute Behandlungsmöglichkeiten und neue Konzepte im Umgang mit ihnen. Mein Kollege Bernd Heinemann engagiert sich schon seit Jahren dafür, dass wir einen **neuen Psychriatrieplan** für Schleswig-Holstein bekom-

men. Ich freue mich, dass wir jetzt mit Rot-Grün-Blau diesen Psychriatrieplan auf den Weg bringen. Außerdem freue ich mich sehr auf die Beiträge der Opposition, damit wir weiter nach vorne kommen, und zwar mit viel Drive, Herr Kollege. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich gefragt, wann der Antrag aus der vergangenen Legislaturperiode in dieser Legislaturperiode mit verteilten Rollen recycelt wird. Herr Kollege Heinemann, insofern haben Sie meine Erwartungen voll und ganz erfüllt.

Auffällig finde ich - das kann ich Ihnen nicht ersparen, weil wir in der vergangenen Legislaturperiode die Diskussion in unterschiedlichen Rollen geführt haben -, dass die Liebe zum Detail bei der diesmaligen Antragstellung deutlich nachgelassen hat. Als Oppositionsabgeordneter und gesundheitspolitischer Sprecher Ihrer Fraktion in der vergangenen Legislaturperiode haben Sie einen Antrag auf Psychriatrieplanung mit 22 Schwerpunkten in den Landtag eingebracht. Davon ist nicht mehr viel übrig geblieben. Das heißt, auch für Sie gilt: Das Sein bestimmt das Bewusstsein.

(Zuruf Bernd Heinemann [SPD])

Ich freue mich aber auch darüber. Ich habe die Reden vom letzten Mal nachgelesen. Insofern ist das, was wir heute diskutieren, sehr viel näher an der Realität als das, was Sie damals gefordert haben.

Wenn wir noch einen Schritt weiterkommen wollen, dann müssen Sie auch so ehrlich sein und feststellen, dass das, was wir heute diskutieren, keine **Psychriatrieplanung** ist. Die Landesregierung spricht im Übrigen auch nicht von einem Psychriatrieplan 2000, sondern von einem **Bericht**.

Auch das, was Sie heute machen, ist weniger Plan als vielmehr Bericht. Ich finde das im Übrigen auch richtig so, weil vieles, was in diesem Bereich passiert ist, komplett richtig war. Auch die **Kommunalisierung** war vollkommen korrekt. Das Angebot, das wir auf Landesebene haben, ist vor allem dadurch bestimmt, dass es nach wie vor **Probleme in**

(Dr. Heiner Garg)

der Versorgung gibt. Es gibt sowohl im ambulanten als auch im stationären Sektor Probleme in der Versorgung. Im Hinblick auf die Freude, die die Vorredner hier zum Ausdruck gebracht haben, sage ich: Ob neue Datensammlungen tatsächlich dazu beitragen, Versorgungslücken zu schließen, da bin ich ausgesprochen skeptisch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin davon ausgegangen, dass wir weniger ein Erkenntnisdefizit haben als vielmehr ein echtes Umsetzungsproblem. Ich will einmal sagen: Es liegen aus meiner Sicht bislang ausreichend Daten darüber vor, wie die **psychiatrische Versorgung in Schleswig-Holstein** gewährleistet wird. Es gibt eine ausreichende Problembeschreibung, die unter anderem darauf zurückgeht, dass bereits im Jahre 2007 vonseiten der Gesundheitsministerkonferenz ein umfangreicher Bericht zur Psychiatrie in Deutschland - Strukturen, Leistungen, Perspektiven - vorgelegt wurde. Darauf aufbauend hat anschließend die Arbeitsgemeinschaft Psychiatrie der AOLG im Jahr 2012 für die Gesundheitsministerkonferenz einen Bericht zur Weiterentwicklung der psychiatrischen Versorgungsstrukturen in Deutschland - Bestandsaufnahme und Perspektiven - erarbeitet. Es mag unschädlich sein, sämtliche jetzt zur Verfügung stehenden Daten noch einmal neu aufzubereiten. Ich warne aber ein bisschen davor zu glauben, dass sich dadurch, dass wir nur weiter Papier bewegen und engagierte Arbeitsgruppen haben, an der **Versorgungssituation** für die Patienten, die dringend verbessert werden muss, etwas ändert.

Herr Heinemann, Sie wissen ganz genau, das Problem ist, dass beispielsweise nur halbe Kassensitze vergeben werden. Das ist ein Teil der Lösung, aber zugleich auch ein Teil des Problems, weil die tatsächliche Zeit am Patienten schlicht und ergreifend nicht dem entspricht, was eigentlich erforderlich ist.

Vor diesem Hintergrund bin ich der Kollegin Bohn ausgesprochen dankbar dafür, dass sie das Beispiel aus dem **Kreis Steinburg** angesprochen hat. Das ist für mich nämlich eines der Beispiele dafür, wie gesundheitliche Versorgung nicht nur im psychiatrischen Bereich, aber gerade in diesem hochsensiblen Bereich funktionieren muss. Da müssen im Übrigen auch alle Professionen zusammenarbeiten.

Ich schließe mich selbstverständlich dem Antrag auf Ausschussüberweisung an, warne aber vor der Euphorie davor, in einer Art Selbstbeschäftigung mit einem neuen Bericht könnten wir tatsächlich real die Probleme in der psychiatrischen Versorgung lösen. Die werden hier nur dann lösen, wenn es ge-

lingt, Konzepte zur künftigen Zusammenarbeit, zum Zusammenführen von Professionen tatsächlich anders zu gestalten, als es bislang gelungen ist. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat der Abgeordnete Wolfgang Dudda.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Beginnen möchte ich mit der Feststellung, dass ich dem, was Frau Bohn gesagt hat, und auch dem, was die Ministerin gesagt hat, voll zustimme: Das Thema der **Enttabuisierung der Erkrankungsformen** verdient künftig bei Beratungen eine prominentere Platzierung in der Debattenreihenfolge. Ich will das begründen.

Ihr Zwischenbericht, für den ich Ihnen danke, gibt her, dass wir bis 2020 etwa die Hälfte aller Erkrankungen als psychische Erkrankungen zu behandeln haben werden. Da ist die Dynamik der Erkrankungen unserer trägen Gesundheitspolitik bei Weitem überlegen, und das nicht nur an der Stelle. Das haben auch die Debatten, die hier im Landtag in den letzten Jahren dazu geführt wurden und die ich mir angeschaut habe, gezeigt. Die Zustandsbeschreibung - vom Kollegen Heinemann bereits angeführt - des Landkreis- und des Städtetages aus dem Jahre 2011 sagt doch genug.

Gibt uns der vorliegende Bericht ausreichende und richtige Antworten auf die Frage, wie sich das Land an der Stelle aufstellt? - Ich finde, dass sich darin sehr gute Ansätze finden lassen. Er bedient die Ansprüche aus der **WHO-Erklärung** aus dem Jahr 2005 und bezieht viele Akteure ein. Wenn hier die Dialogkultur tatsächlich und vollständig sachlich bedient würde, wäre eigentlich alles in Ordnung und alles okay. Aber dem ist leider nicht ganz so. Leider fehlen in der Liste der im Bericht genannten Dialogpartner diejenigen, die vor Ort Verantwortung tragen. Die Stellungnahme des Städtetages aus dem Jahr 2011 bringt es an vielen Stellen auf den Punkt und beklagt den zunehmenden **Rückzug des Landes bei der psychiatrischen Versorgung**. Die Hauptlast der psychiatrischen Versorgung liegt bei den **Kommunen**. Daher sollten sie auch der AG Psychiatriebericht unbedingt angehören. Was nützt es, wenn kluge Gedanken bei der AG gefasst werden, die auf kommunaler Ebene nicht umgesetzt werden können?

(Wolfgang Dudda)

Einen anderen Aspekt - den haben Sie, Frau Bohn, angesprochen - teile ich ausdrücklich; das ist der Teil der **Prävention**. Vielleicht sollten wir auch einmal mit den Gewerkschaften und deren Experten sprechen, was die **Arbeitsverdichtung** angeht. Das ist ein dringender Punkt; denn bei den Diagnosen ist, soweit ich es zur Kenntnis bekommen habe, Arbeitsüberlastung oft der Auslöser für das, was wir jetzt gerade erörtern.

Ob die Strukturen der Landesregierung hier an allen Stellen dem gerecht werden können, erfahren wir aus dem Bericht nicht. Die - wie bereits am Anfang erwähnt - zweithäufigste Erkrankung in den kommenden Jahren rechtfertigt nach meiner Meinung auch wieder ein eigenes Psychiatriereferat im Gesundheitsministerium, das eventuell in der Lage wäre, die große AG ein wenig besser zu steuern.

Dass der **Demenzplan Schleswig-Holstein** Bestandteil der Überlegungen werden soll, ist klug und gut. Die schlichte Formulierung: „weil es Schnittstellen gibt“, ist absolut richtig, wenngleich der Bedeutung der Krankheit nicht ganz gerecht werdend. Auch die Demenz ist von ihrer Dynamik her unserer Politik und unserem Tempo weit überlegen. Das haben die Autoren des Antrags für den Zwischenbericht schon länger erkannt, wie ich den Redeprotokollen vergangener Debatten, an denen wir noch nicht teilgenommen haben, entnehmen konnte. Ich möchte Ihnen beiden, Herr Kollege Heinemann, Frau Bohn, ausdrücklich für Ihr Engagement in den letzten Jahren danken.

Eine Bitte habe ich zum Schluss an die Frau Ministerin: Beziehen Sie bitte auch den Beauftragten für Flüchtlings- und Asylfragen mit ein. Die Versorgung von **psychisch erkrankten Migranten** hierzulande ist erbärmlich und absolut unterentwickelt.

(Beifall PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das Angebot dafür ist dringend auszubauen. Die meisten von diesen Leuten sind aufgrund ihrer **Fluchtereignisse** traumatisiert. Das müssen wir ebenso aufgreifen wie die Situation der 80.000 **Sinti und Roma**, die eine eigenständige Versorgung brauchen.

Der Weiße Ring, der sich schon seit Langem um eine Traumaambulanz bemüht, gehört eigentlich auch zu denen, weil er diejenigen vertritt, denen Gewalt angetan worden ist. Insofern begrüße ich die Offenheit, Frau Ministerin, für die AG, die Sie eben zum Ausdruck gebracht haben, ausdrücklich. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Kolleginnen und Kollegen des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für den SSW muss ich eines ganz deutlich sagen: Die Weiterentwicklung psychiatrischer Angebote im Land ist eine ungemein wichtige und unverändert dringliche Aufgabe. Anscheinend haben unsere Vorgänger dies nicht ganz so gesehen. Anders kann ich mir zumindest nicht erklären, warum die umfassenden Vorschläge aus der Anhörung von Ende 2010 nicht weiter beachtet wurden und warum kaum etwas bewegt wurde. Aber sei es drum.

(Vereinzelter Beifall SSW und SPD)

Ob es nun an einer verbesserten Diagnostik liegt oder an den Auswüchsen unserer Leistungsgesellschaft: Fakt ist, dass die **Zahl der Menschen mit psychischen Störungen** zunimmt. Dies müssen wir zur Kenntnis nehmen, und wir müssen entsprechend handeln. Auch der Bericht, für den ich dem Ministerium ausdrücklich danken möchte, nennt diese Dinge beim Namen. Er weist auf unsere Vereinbarung im Koalitionsvertrag hin, nach der wir hier eben eindeutig einen Handlungsbedarf sehen. Maßnahmen zur **Erhaltung der psychischen Gesundheit** von Kindern und Erwachsenen sollen gestärkt werden, und es soll ein ausreichendes gemeindenahes Behandlungsangebot vorgehalten werden. Dies ist unser gemeinsamer Auftrag. Den werden wir auch erfüllen.

Auch wenn der Bericht hierzu gar nicht so viel Neues liefert, halte ich die aufgelisteten Daten und Fakten zur Entwicklung psychischer Erkrankungen für erschreckend. Man muss sich das einmal klarmachen: Jeder dritte Erwachsene und jedes fünfte Kind in Deutschland hat früher oder später mit Störungen und psychischen Auffälligkeiten zu kämpfen. Offenbar sind Depressionen und Angststörungen mittlerweile Ursache Nummer eins für **verminderte Arbeitsproduktivität**, Arbeitsunfähigkeit und Frühverrentung.

Aber noch viel schlimmer als die Milliardenschäden, die durch psychische Erkrankungen europaweit entstehen, ist aus Sicht des SSW Folgendes:

(Flemming Meyer)

Wer an einer psychischen Erkrankung leidet, hat auch noch ein erhöhtes Risiko für organische **Folgeerkrankungen** wie Schlaganfall und Diabetes. Es ist also ungemein wichtig, diesen Menschen so früh wie möglich zu helfen, im besten Fall natürlich schon durch **präventive Maßnahmen**.

Kein Zweifel: Die Situation der psychisch Kranken bei uns in Schleswig-Holstein muss genau analysiert werden, und die Hilfen müssen entlang der bestehenden Leitlinien ausgerichtet werden. Wo immer es nötig erscheint, wollen wir gemeinsam mit den Betroffenen Verbesserungen bei der Versorgung auf den Weg bringen.

Der SSW hat immer gefordert, dass im Falle eines erhöhten Bedarfs auch die Struktur der Angebote angepasst werden müsse. Auch wenn bei diesem Thema der Bereich der unmittelbaren Landesplanung eher begrenzt ist, muss klar sein, dass hier immer vom Patienten ausgegangen werden muss. Wir wissen zum Beispiel, dass insbesondere die wohnortnahe Versorgung für psychisch kranke Menschen von größter Bedeutung ist.

Um ehrlich zu sein: Wir haben es bei der **Weiterentwicklung der psychiatrischen Versorgung** mit einer echten **Mammutaufgabe** zu tun. Es gibt eine sehr große Vielfalt an Angeboten und Versorgungsstrukturen hier im Land. Es gibt eine große Zahl an Akteuren, die selbstverständlich alle in diesen Prozess einbezogen werden müssen. All dies ist uns und der Landesregierung durchaus bewusst. Vor diesem Hintergrund ist der eingeschlagene Weg der einzig richtige: Dem Konsens in der Arbeitsgruppe Psychiatriebericht entsprechend wird nun eine detaillierte Bestandsaufnahme der verschiedenen Versorgungsangebote erstellt. Diese Basis halte ich für unverzichtbar, denn Ziel ist, im Anschluss gemeinsam mit den beteiligten Experten, mit den Betroffenen und mit der kommunalen Familie Schwachstellen der Versorgung aufzudecken.

Ich denke, nur so lassen sich wirklich effektive Vorschläge für Verbesserungen und sinnvolle Ergänzungen des bestehenden Systems finden. Genau dies wollen wir im Sinne der Betroffenen und ihrer Angehörigen erreichen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Kollegen Bernd Heinemann von der SPD-Fraktion das Wort.

Bernd Heinemann [SPD]:

Als erster Redner hat man nicht die Chance, vorzuzahlen, was kommen wird. Diese Debatte war erfrischend und wohltuend. So etwas habe ich im Psychiatriebereich noch nicht erlebt. Deshalb möchte ich mich zum Schluss noch einmal bei allen Fraktionen ganz herzlich bedanken, denn offensichtlich sind jetzt alle an Bord.

Ganz besonders bedanke ich mich bei Kristin Alheit und ihrem Team dafür, dass sie diesen Weg gemeinsam mit den Akteuren eingeschlagen haben, nämlich in der ersten Stufe gemeinsam mit den Praktikern die Defizite, die Zahlen und die Fakten zusammenzutragen, und in der zweiten Stufe mit den für die Umsetzung Verantwortlichen auf der Ebene der Kreise und der kreisfreien Städte dafür zu sorgen, dass dies implementiert wird. Drittens wird dann mit den für die Vernetzung Verantwortlichen zusammengearbeitet, um all dies mit dem Demenzplan und dem Diabeteskonzept, beide gehören eng dazu, zu vernetzen. Am Schluss entsteht so ein Plan, der den Namen verdient. Ich denke, das war in der Art, wie das heute zusammengetragen wurde, so schön, dass es wert war, diesen Dank an alle zu richten. Ich hoffe, wir kommen weiter. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, ich schließe die Beratung. - Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung Drucksache 18/1518 an den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 38 auf:

12. Trilaterale Regierungskonferenz zum Schutz des Wattenmeeres

Mündlicher Bericht der Landesregierung

Bevor ich dem Herrn Minister das Wort erteile, weise ich Sie auf etwas hin, was Sie wahrscheinlich schon alle wissen: Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, diesen Tagesordnungspunkt ohne Aussprache zu behandeln. Ich erteile dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Herrn Dr. Robert Habeck, das Wort.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! - Wir haben uns mehrfach über die Fischereipolitik und den Nationalpark unterhalten. Mit Blick auf die Trilaterale Wattenmeerkonferenz wurde von einigen Mitgliedern dieses Hohen Hauses die Sorge geäußert, Drangsale und Not würden über die Bewohner der Westküste kommen. Nun hat die 12. Trilaterale Wattenmeerkonferenz stattgefunden, und ich glaube, sie war sehr erfolgreich.

Sie ist sehr einvernehmlich und sehr befriedend abgelaufen. Dafür möchte ich mich noch einmal sehr herzlich bedanken. Das liegt vor allem daran, dass in allen Mitgliedstaaten darauf hingearbeitet wurde. Das Besondere an dieser **trilateralen Konferenz** ist, dass Dänemark, die Niederlande, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg zusammen Erklärungen verabschiedeten. Viele kluge Menschen haben auf diese Ministererklärung und die dort verabschiedeten Papiere hingearbeitet.

Diese Konferenz fand in Tønder statt. Sie wird in etwa alle vier Jahre abgehalten. Die nächste wird in den Niederlanden stattfinden. Die Präsidentschaft ging auf die niederländische Umweltministerin über.

Die Erklärung selbst trägt in vielen Punkten eine deutliche schleswig-holsteinische Handschrift. Ein Beispiel dafür ist die **Skepsis gegenüber Fracking und CCS**. Vor vier Jahren war es nicht möglich, solche Sätze in die Erklärung zu bekommen. Von mir aus hätte die Debatte heute Morgen noch etwas schärfer sein können, aber immerhin: Es wurde jetzt erstmals vermerkt, dass die Sorge der Menschen gegenüber CCS und Fracking ernst genommen und Leitlinie für politisches Handeln sein soll.

Auch die Formulierungen im Zusammenhang mit der **Fischerei** sind stark durch Schleswig-Holstein beeinflusst. Sie decken sich mit den Formulierungen, die im Nationalparkgesetz stehen. Ich glaube, in der Prozessphase, als um jedes Wort gerungen wurde, hat dies sehr vermittelnd und befriedend auf den Prozess eingewirkt.

Die Erklärung und die Konferenz haben vor allem zwei Aspekte beinhaltet, die im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses, aber auch der Konferenz selbst standen. Das war zum einen eine Vereinbarung mit Staaten von der Arktis bis Afrika, die sogenannte **Flyway Initiative**. Das ist eine Vereinbarung zum Schutz der Zugvögel, die bei uns an der Westküste zum Teil überwintern oder sich satt fressen. Durch die Vereinbarung wird verhindert, dass

die Vögel sich hier satt fressen und in Afrika geschlachtet werden. Das haben wir auf den Weg gebracht. Das ist ein sehr schönes Projekt, an dem viele Menschen aus vielen Ländern mitgewirkt haben.

Für Schleswig-Holstein war vielleicht eine **Erklärung zum nachhaltigen Tourismus** an der Westküste am wichtigsten. Dies ist eine Besonderheit, weil in der Tat in allen Staaten über 1.000 Akteure diese Erklärung gemeinsam erarbeitet haben. Das, was in anderen Bereichen in Bezug auf das Aufeinandertreffen von Schutz und Nutzung noch nicht so weit gediehen ist, ist hier gelungen: Ein Gegeneinander von Natur, Naturschutz und Tourismus wird nicht aufkommen. Das Pfund, das wir haben, nämlich die Perle Nationalpark Wattenmeer, diese großartige Landschaft, wird zur touristischen Attraktion im Sinne einer nachhaltigen Nutzung weiterentwickelt. Allerdings gibt es auch klare Arbeitsaufträge dahin gehend, wie man diese touristische Strategie noch stärken kann. Hier wird bei der Ernährungswirtschaft angesetzt, um dann die Mobilität und die Frage, die wir Touristen vor Ort bringen sollen, und die Frage nach den Informationen über das, was vor der Haustür zu finden ist, zu erfassen.

Insgesamt muss man sagen, dass nicht nur die regionale ökonomische Wirkung der Natur eine Bedeutung hat. Bei dem Rahmenprogramm und den Wanderungen, die dort stattgefunden haben, ist immer eines wieder deutlich geworden, und das wird allen Menschen, die die Westküste kennen, immer wieder vor Augen geführt - die Sonne kommt jetzt raus, als wäre dies abgesprochen -: Wir schützen die Natur, um unsere eigene Lebenserfahrung reicher zu machen. Ich glaube, es gibt in Europa kaum einen großartigeren Raum als diesen Nationalpark Wattenmeer.

Der Schutz der Natur bedeutet auch, das, was wir als Schleswig-Holstein begreifen und was für uns Heimat ist, hoch zu schätzen. Diese trilaterale Konferenz hat uns sicherlich wertvolle Hinweise darüber gegeben, wie wir in Zukunft die Debatte über den Naturschutz und die Nutzung von natürlichen Ressourcen weiterführen müssen. - Vielen Dank, schönes Wochenende.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Minister. - Wie angekündigt, gibt es keine Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt. Er ist somit erledigt.

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 21 auf:

Recht auf anonymes Fernsehen - Massenüberwachung von Zuschauern verhindern

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/1566

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Mitglieder der Piratenfraktion - -

(Zurufe)

Es scheint Unklarheiten und Unaufmerksamkeit gegeben zu haben. Daher bin ich freundlicherweise bereit, diese Abstimmung noch einmal durchzuführen.

(Zurufe)

- Ja, weil die Sonne scheint.

Ich komme zur Abstimmung über den Antrag Drucksache 18/1566, das ist der Antrag der Piratenfraktion zum Recht auf anonymes Fernsehen. Wer diesem Antrag in der Sache zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Mitglieder der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der PIRATEN und die Abgeordneten des SSW. Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das sind die Mitglieder der CDU-Fraktion. Wer enthält sich? - Das sind die Mitglieder der FDP-Fraktion. Damit ist der Antrag Drucksache 18/1566 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Enthaltung der FDP-Fraktion angenommen.

(Beifall PIRATEN)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 25 auf:

Stärkung des barrierefreien Tourismus in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/909

Schleswig-Holstein für alle - Perspektiven für ein barrierefreies Urlaubsland

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 18/952

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses

Drucksache 18/1544

Ich erteile das Wort dem Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses, Herrn Abgeordneter Christopher Vogt - der nicht da ist.

(Zurufe)

- Wer ist stellvertretender Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses?

(Zuruf: Der ist auch nicht da! - Zuruf: Ein Freiwilliger! - Unruhe)

- In Vertretung des Kollegen Vogt wird jetzt Herr Abgeordneter Dr. Garg den Bericht des Wirtschaftsausschusses vortragen.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Auch ich wollte einmal die Gelegenheit nutzen, auf die Vorlage zu verweisen.

(Vereinzelter Beifall)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Wortmeldungen zum Bericht sehe ich ebenfalls nicht.

Erstens. Der Ausschuss empfiehlt mit Zustimmung der Antragssteller, die Anträge Drucksache 18/909 und Drucksache 18/952 für erledigt zu erklären. Wer dem seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Kolleginnen und Kollegen von FDP, CDU, PIRATEN, SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und möglicherweise alle SPD-Kollegen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Zweitens. Mit Drucksache 18/1544 haben die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses dem Landtag einen Entschließungsantrag mit der Bitte um Übernahme vorgelegt. Wer dieser Entschließung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von FDP, CDU, PIRATEN, SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist auch dies einstimmig angenommen.

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 35:

Gesundheitliche Belastungen von Schülern und Lehrern in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
[Drucksache 18/1517](#)

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage Ihnen vor, den Bericht Drucksache 18/1517 dem Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer diesem Vorschlag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Sammeldrucksache. Ich rufe die Sammeldrucksache auf:

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags

[Drucksache 18/1589](#)

Die Voten zu den einzelnen Tagesordnungspunkten, für die eine Gesamtabstimmung nach § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung vorgesehen ist, entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Drucksache 18/1589. Voraussetzung für die Abstimmung

ist, dass keine Abgeordnete oder kein Abgeordneter widerspricht. - Das ist offenbar der Fall.

Ich weise auf folgende Änderungen zu Tagesordnungspunkt 5 hin: Der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Spielbankgesetzes des Landes Schleswig-Holstein, Drucksache 18/1557, soll in den Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend in den Finanzausschuss überwiesen werden.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache 18/1589 einschließlich der eben bekannt gemachten Änderung einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist auch dies einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende dieser Tagung. Ich gebe Ihnen bekannt, dass wir uns am 19. März 2014, um 10 Uhr, zur 19. Tagung im Plenarsaal wiedersehen. Ich wünsche Ihnen allen bis dahin eine gute Zeit.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 12:13 Uhr

Anhang

Reden zu Protokoll

Recht auf anonymes Fernsehen - Massenüberwachung von Zuschauern verhindern

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/1566

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für viele Menschen hat TV-Schauen eine Abschaltfunktion. Man lässt die Seele baumeln und will für sich oder mit anderen abschalten oder einen netten Abend verbringen.

Doch auch dieser Moment der scheinbaren Intimität wird zunehmend digital erfasst und ausgewertet. Wer in den Genuss kommt, sich ein Smart-TV leisten zu können, wird von den Herstellern gleich doppelt abkassiert - zum einen für den Fernseher und zum anderen für die Datensätze, die der Hersteller für gezielte Werbung nutzen kann.

Smart-TVs sind mit den herkömmlichen Röhrenfernsehern in etwa so vergleichbar, wie die ersten Mobiltelefone vor 25 Jahren mit modernen Smartphones. Ein kleiner Computer im Fernseher ermöglicht unter anderem den Zugriff auf das Internet und somit auf diverse, oft sinnvolle Dienste.

Auch zunehmende Online-TV-Angebote wie beispielsweise über den amerikanischen Streamingdienst Netflix und der dort laufenden amerikanischen Politserie House of Cards, die übrigens in der Grünen-Fraktion viele Anhänger hat, verschärfen die Problematik.

Die Grenzen zwischen Fernsehen und Internet verschwimmen. Deshalb holen uns die Diskussionen, die wir in den letzten Jahren bei Smartphones und Tablets hatten, auch im TV Bereich ein.

Der britische Blogger DoctorBeet analysierte ein Smart-TV des südkoreanischen Herstellers LG. Er kommt zu dem Schluss, dass es LG möglich ist, beliebte Programme, Onlineverhalten und Suchkennwörter der Nutzerinnen und Nutzer auszuwerten. Auch die TU Darmstadt hat dies für diverse andere Smart-TVs festgestellt. Jeder Senderwechsel, jede heruntergeladene oder verwendete App, sogar das Anschließen eines privaten USB-Sticks wird vom Hersteller erfasst, ausgewertet und verwendet. So wird also gespeichert, ob wir gerade Handballbundesliga, Tagesthemen oder das Dschungel Camp

geguckt haben - Dinge, über die wir selber entscheiden müssen, ob sie erfasst werden.

Besonders brisant ist, dass diese Informationen meist unverschlüsselt an den Hersteller übermittelt werden. Das bedeutet, jeder auf der Leitung, sei es der Serviceprovider, der Gebührendienstleister oder seien es sonstige daran interessierte Akteure, können all dies mitlesen. In der Regel sollte sich dieses Überwachen des Nutzerinnen- und Nutzerverhaltens mit dem wegnehmen einiger Häkchen verhindern lassen. Der eben angesprochene Blogger DoctorBeet jedoch kommt bei dem LG-Modell zu der Erkenntnis, dass die Daten erfasst und verschickt werden - egal, welches Häkchen man angeklickt hat.

Das mag vielleicht ein Fehler im System sein, doch stellt sich da generell die Frage, warum sich eigentlich standardmäßig die Einstellungen im datenschutzrechtlich kritischen Bereich befinden. Warum sollte nicht ein gewisses Maß an Anonymität und Autonomie eingehalten werden? Wäre es nach dem Vorbild der informationellen Selbstbestimmung nicht viel sinnvoller, die Einstellungen im Auslieferungszustand so zu gestalten, dass keine Daten erhoben, ausgewertet und verwendet werden? Nutzerinnen und Nutzer, die sich dann bewusst für gezielte Werbung entscheiden möchten, können dies durch die nötigen Häkchen an richtiger Stelle tun. Das wäre Privacy by default - also datenschutzfreundliche Voreinstellungen. Dies sollte Standard moderner Unterhaltungs- und Informationstechnologie sein!

Wir stimmen dem Antrag der PIRATEN zu. Denn es darf nicht sein, dass Empfänger zu Sendern werden. Die im Hintergrund erfassten Daten lassen ein ziemlich genaues Profil der Zuschauerinnen und Zuschauer zu und greift damit sehr gravierend und unbewusst in unsere Privatsphäre ein. Das ist nicht akzeptabel. Die eigene Wohnzimmercouch muss ein privater Rückzugsort bleiben.

Flemming Meyer [SSW]:

Allen Herstellern elektronischer Geräte sitzt die Konkurrenz im Nacken, sodass die Entwicklungsprozesse immer weiter gekürzt werden. Das Hauptziel ist die Präsentation immer neuer Gerätedesigns in immer kürzeren Perioden. Das ist mit den TV-Geräten neuester Generation sicherlich als gelungen zu betrachten. Das sind nicht nur platzsparende

Flachbildfernseher mit brillanter Bildqualität, sondern das sind wahre Multitalente und heißen darum auch folgerichtig Smart-Fernseher. Diese bieten viele Zusatzdienste, die den Kunden auf die Idee bringen, ihren alten Fernseher zu ersetzen. Die schnelle Modellfolge klappt allerdings nicht immer reibungslos. Schnelligkeit in der Produktentwicklung geht oft vor Sorgfalt.

Wir Verbraucher sind es inzwischen gewohnt, dass neue Geräte erst mit diversen Zusatzprogrammen bestückt werden müssen, bevor sie in Gang kommen. Die Hersteller sparen eben, wo sie können. Das gilt leider auch bei den Themen Sicherheit und Privatsphäre. Wer sich einen so genannten Smart-Fernseher kauft, kauft damit die Funktion Hybrid Broadcast Broadband. Interaktion heißt das Zauberwort. Für die meisten Nutzer ist damit vor allem ein moderner Videotext gemeint. Der Datenverkehr ist allerdings keine Einbahnstraße, sondern funktioniert in beide Richtungen. HbbTV erlaubt auf diese Weise den Fernsehsendern die Auswertung des Fernsehkonsums. Fernseher der Marke LG übertragen unverschlüsselt alle Daten, wenn ein USB-Stick an den Fernseher angeschlossen ist.

Nach Recherchen des NDR Magazins „ZAPP“ hat man diese Lücke wohl bei neuen Geräten geschlossen. Aber die Hersteller bewegen sich nur, wenn ihnen tatsächlich Lücken nachgewiesen werden. Möglich wäre sogar das Ausspähen der Wohnung, wenn an den Smart-Fernseher eine Webcam angeschlossen ist. Das sind keine Hirngespinnste, sondern belegte Fakten. Herausgefunden haben das Informatiker der TU in Darmstadt, die ihre Forschungen beim Deutschen IT-Sicherheitskongress des Bundesamtes für Sicherheit und Informationstechnik vorgestellt haben. Demonstriert haben Hacker das vor wenigen Monaten an Samsung-Geräten: Wer mit dem Fernseher skypt, öffnet sein Wohnzimmer. Das ist eine schreckliche Vorstellung und beileibe kein Randproblem.

Die Zahl der Hbb-fähigen Fernseher ist enorm gewachsen. Inzwischen geht man davon aus, dass jeder dritte Haushalt in zwei Jahren über einen Hbb-fähigen Fernseher verfügen wird. 20 Millionen Haushalte haben also in naher Zukunft ein Sicherheitsproblem.

Dabei gibt es konkrete Datenschutzmaßnahmen. Die allereinfachste vorweg: Erst wenn man die HbbTV-Funktion aktiviert, darf es überhaupt zur Datenübertragung kommen können. Diese Aktivierungsmöglichkeit haben die Hersteller aber gespart. Mehrmals in der Minute überprüft der Sender, welches Programm auf dem Fernseher läuft und nutzt

dabei Fremdanbieter wie Google Analytics. Der Nutzer bekommt davon gar nichts mit. Der schaut fern und weiß nicht, dass ihm dabei virtuell über die Schulter geschaut wird. Viele Nutzer gegen davon aus, dass der Datenverkehr erst beginnt, wenn sie den Roten Knopf in der Fußzeile ihres Bildschirms aktivieren. Da liegen sie aber falsch. Sogar den Darmstädter Informatikern war nicht ganz klar, was da technisch abläuft; ob und wie Cookies zum Einsatz kommen; schließlich haben die Smart-Fernseher nur minimale Browser, bei denen ausgerechnet am Datenschutz gespart wurde.

Tatsache ist, dass einige Sender Tracker einsetzen und die Sendegewohnheiten ihrer Nutzer bis hin zu IP-Adresse kennen, ohne dass dieser das verhindern kann. Der Fernsehhersteller LG verkauft diese Informationen an seine Werbekunden, die fernsehen genau ihre Banner schalten können.

Die Sender wiegeln ab, schließlich sei bislang noch kein Fall bekannt, dass Hbb-Fernsehen für kriminelle Zwecke verwendet wurde, indem beispielsweise der Fernseher gekapert wird, um ihn für sich arbeiten zu lassen. Das bedeutet aber nicht, dass das nicht technisch möglich ist.

Was tun? Am besten wäre es natürlich, die Datendienste so lange abzuschalten, bis alle datenschutzrelevanten Maßnahmen installiert wurden. Zunächst müssen aber vor allem die Hersteller dringend technische Lösungen nachliefern; übrigens auch für Altgeräte. Das Mindestmaß wäre es, wenn man diese Dienste auf jeden Fall einfach abschalten könnte. Das hilft ja ohnehin manchmal beim Fernsehen.